

NACHRICHTENBLATT

für die Vereinigung der höheren Postbeamten

Heft 1

März 1975

11. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Jürgen Wehran: Zur Lage

Grenzbereich gehobener und höherer fernmeldetechnischer Dienst

Vertretertag 1975 in Dortmund

13. Europäische Fernmeldetage in Luxemburg

Wilhelm Tapfer †: Postgeschichtliche Erinnerungen



Der Alte Markt in Dortmund

Tagungsstadt des Jahrestreffens
der Vereinigung der höheren Postbeamten
5. bis 8. Mai 1975

Inhalt

Jürgen Wehran Zur Lage	2
Aus den Verbänden	4
Stellungnahme der Arbeitsgruppe Hamburg zum Aufsatz „Analysen und Meinungen zu den Tätigkeits- feldern im Grenzbereich des gehobenen und höheren fernmeldetechnischen Dienstes“	5
Vertretertag 1975 in Dortmund	8
Dipl.-Ing. Werner Hufnagel 13. Europäische Fernmeldetage; Luxemburg vom 2. bis 7. September 1974	9
Aus der Arbeit des Hauptvorstandes	13
Claus Peter Spengler Buchbesprechungen	13
Dr. Wilhelm Fenge Personalveränderungen	14
Dr. Wilhelm Tapfer † Postgeschichtliche Erinnerungen	16

Aus redaktionstechnischen Gründen sind die Hefte 5/74 und 6/74 nicht erschienen.

Verlag: ACO Verlags- und Druck-GmbH,
33 Braunschweig, Kalenwall 1, Telefon (05 31) 4 45 11-12

Herausgeber: Vereinigung der höheren Postbeamten,
Koblenz.

Redaktion: Vizepräsident a. D. Dipl.-Ing. Fritz Harder,
205 Hamburg 80, Häußlerstr. 47, Fernsprecher 738 5434.

Einzelheft: für Mitglieder 0,80 DM, sonst 1,25 DM.

Auflage 3000.

Zahlungen: ACO Verlags- und Druck-GmbH, Braunschweig,
Postscheckkonto Hamburg 2008 88.

Gesamtherstellung: ACO DRUCK GMBH, Braunschweig,
Postfach 11 43.

Die mit Namen gezeichneten Artikel geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Hauptvorstandes decken, wird dieses ausdrücklich erwähnt.

Zur Lage

von Jürgen Wehran

Das abgelaufene Jahr 1974 hat uns nicht sehr verwöhnt. So ist die längst überfällige und sogar vom Deutschen Bundestag schon 1971 geforderte Neuschneidung der Besoldungstabelle nicht erfolgt. Die bis A 13 gewährten Zulagen sind nicht in das Besoldungssystem eingepaßt worden. Die Gruppe A 14 bis A 16 darf sich als einzige Gruppe der aufsteigenden Gehälter weiter fragen, warum gerade sie von Zulagen ausgeschlossen bleibt und im besonderen Maße der Nivellierung ausgesetzt wird. Die Beförderung von A 13 nach A 14 bleibt weiterhin eine „Scheinbeförderung“.

Die Besoldungsvorgänge im verflossenen Jahr ergaben erneut kräftige Benachteiligungen für den höheren Dienst. Die Spannen der Verbesserung lagen zwischen sage und schreibe 11 % bis 17 %. Dazu wurde dann noch der Gedanke an einen „Kappungsbetrag“ aufgetischt. Der Zug zum Einheitsgehalt beschleunigte sich, selbst wenn der Kappungsbetrag vorerst verhindert werden konnte.

Ebenfalls im abgelaufenen Jahr wurde uns die Funktionsgruppenregelung beschert. Dabei wurde der höhere Dienst offenbar von allen Seiten vergessen und vernachlässigt. Der schon zuvor gegenüber anderen Laufbahnen schlechter gewordene Stellenkegel unserer Laufbahn wurde in der Relation noch weiter zurückgeworfen. Die Fortkommensmöglichkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen sind gegenüber den in anderen Laufbahnen gebotenen Chancen auf ein Beförderungsamts inzwischen kläglich geworden.

Offenbar hielt niemand etwas vom höheren Dienst, als es darum ging, ihn mit den anderen Laufbahnen wenigstens verhältnismäßig gleich zu behandeln. Dafür durften wir uns dann bei verschiedenen Anlässen daran erfreuen zu hören, wie wichtig und bedeutsam gerade jetzt die richtige Einstellung und der rechte volle Einsatz der Führungskräfte sind und welche hohen Anforderungen an Führungskräfte besonders heute gestellt werden.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, gegen derartige, gute Appelle an die Führungskräfte und den Hinweis auf ihre gerade heute wichtige Bedeutung, ist gar nichts zu sagen. Im Gegenteil, dies sollte uns guttun und unser angeschlagenes Selbstwertgefühl stärken. Wir sollten dabei auch akzeptieren, daß wir nach unserem Selbstverständnis gerade in kritischen Zeiten unsere Aufgaben und die besonderen Probleme kräftig und einsatzbereit mit bestem Willen anzupacken haben. Nur sollte sich keiner darüber täuschen, daß sich ein großes Fragezeichen und eine beträchtliche logische Kluft von hier aus zu der nicht bestreitbaren Realität der deutlichen Vernachlässigung und der damit zum Ausdruck kommenden Abwertung des höheren Dienstes auftut.

Um ein weiteres, uns gerne vorgehaltenes Mißverständnis schon im Ansatz zu vermeiden, muß an dieser Stelle auch noch gesagt werden, daß die materiellen Belange nicht der Hauptansatzpunkt unserer Kritik sind. Das wäre eine zu vordergründige Betrachtungsweise. Und sicher will auch keiner von uns erklären, daß wir materielle Not leiden. Aber leider ist es nun heutzutage so, daß sich eben vornehmlich in materiellen Bewertungen und Ergeb-

nissen die Einschätzung bzw. Wertschätzung ausdrücken, die man der einen oder anderen Gruppe entgegenbringt. Das entspricht auch dem häufig und gerne zitierten Leistungsprinzip. Und in diesem Punkt haben wir einfach auf Grund der vorliegenden Fakten ernsthaft zu klagen. Denn hier zeigt sich in Realität, daß man die Laufbahn des höheren Dienstes im Verhältnis zu allen anderen Laufbahnen schon seit Jahren mehr und mehr geringwertiger einschätzt.

Sicher muß man sich fragen, warum das so ist? Aber muß es eigentlich so sein? Und gewiß haben wir uns auch die Frage vorzulegen, was wir falsch gemacht haben? Ist es sogar System? Oder ist es vielleicht nur unsere geringe Zahl? Zu schüchternes bzw. zu vornehmes Auftreten? Mangelndes Selbstbewußtsein? Laschheit im Engagement für berufspolitische Fragen? Aber das alles darf für den Dienstherrn nicht relevant sein. Gerade jetzt spricht man doch wieder so deutlich von den berechtigten Belangen von Minderheiten und deren notwendige Berücksichtigung in einer echten Demokratie.

Leider kann das alles an dieser Stelle nicht eingehend erörtert werden. Der entscheidende und kaum widerlegbare Punkt ist einfach die Tatsache, daß immer dann, wenn es um die realen Beweise der Wertschätzung und Anerkennung ging, der höhere Dienst gegenüber anderen Gruppen vernachlässigt und nicht einmal gleichbehandelt wurde.

Das alles beeinträchtigt einfach auf die Dauer das Selbstwertgefühl und bewirkt Resignation und Demotivation. Die Menschen leben nun einmal im relativen Bezug zueinander und werden hierdurch beeinflußt.

Aber was haben wir nun vom neuen Jahr 1975 zu erwarten? Es fing bereits im Gleichschritt mit den negativen Erkenntnissen des vergangenen Jahres mit einer Kindergeldregelung an, die ausgerechnet wiederum große Bereiche des höheren Dienstes grundsätzlich benachteiligte.

Die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst – immer ein genauer Vorreiter der Besoldungsverhandlungen – brachte erneut Forderungen auf den Tisch, die auch weiterhin mit offenbar unbelehrbaren Argumenten einer endlosen Sockelbetragsstrategie Tarifverbesserungen etwa zwischen 7,5 % bis 12 % beinhalteten.

Selbst eindeutige, den Sockelbetrag widerlegende Fakten wurden dabei negiert. Wir haben uns die Mühe gemacht, die vom statistischen Bundesamt breit veröffentlichten Zahlen der Spezialindizes über die Teuerungsraten ab September 1974 einmal zusammenzustellen. Hiernach ergab sich für Empfänger kleinerer Gehälter, Rentner und Sozialhilfeempfänger im September eine Teuerungsrate zum gleichen Vorjahresmonat von + 6,8 %. Für Empfänger mittlerer Gehälter eine Teuerungsrate von + 7 % und für höhere Angestellte und Beamte eine Rate von sogar + 7,4 %.

Im Oktober 1974 betragen die Raten in der Reihenfolge der genannten Gruppen + 6,7 % : 6,8 % : 7,2 %. Im November 1974 lagen die Ergebnisse + 6,2 % : 6,4 % : 6,7 % und schließlich im Dezember 1974 + 5,7 % : 6,1 % : 6,2 %.

Diese Zahlen besagen eindeutig, daß die Teuerung im Bereich der Angehörigen des höheren Dienstes durchweg stärker durchschlägt als bei den anderen genannten Gruppen. Daraus folgt mit Gewißheit keine sachliche Rechtfertigung eines Sockelbetrages und

dergleichen. Im Gegenteil möchte man fast sagen. Man sollte sich angesichts dieser Zahlen aber einmal klar machen, daß die Angehörigen des höheren Dienstes bei einer Durchsetzung von Sockelbeträgen gleich dreimal negativ getroffen werden. Einmal durch die erwiesenen stärkeren Teuerungsraten, zum anderen durch die relativiert geringere Tarifverbesserung und schließlich noch durch die progressive Besteuerung. Ist das wirklich gewollt? Diese Situation ist ü. E. unhaltbar. Sie führt beschleunigt in logischer Fortsetzung zum Einheitsgehalt. Sie bremst den Leistungswillen. Dabei sollte doch endlich einmal Einigkeit darüber herrschen, daß zum Ausgleich unterschiedlicher Gehälter die vom Gesetzgeber verordnete Steuertabelle wahrlich wirksam und ausreichend genug ist.

Erfreulicherweise – und zum Glück gibt es damit zum Jahresbeginn auch positive Fakten zu registrieren – hat der Bundesminister des Innern fest und eindeutig verlautbart, daß er Sockelbeträge und dergleichen aus grundsätzlichen Erwägungen wegen ihres nivellierenden und damit leistungsfeindlichen Charakters ablehnt.

Das ist genau seit Jahren unsere Rede. Nur wurden wir deswegen häufig als unsozial, rückschrittlich und was so alles sonst an einschlägigen Formulierungen verwandt wurde, attackiert. Aber offenbar waren wir unserer Zeit voraus, denn inzwischen bestätigt uns offiziell der Bundesinnenminister. Vielleicht hat unser zähes Engagement in dieser Frage doch etwas gewirkt. Hoffen wir, daß es so bleibt; denn auch der frühere Bundesinnenminister hatte schon den gleichen Standpunkt verdeutlicht, aber dann doch in der vorjährigen Besoldungsrunde anders gehandelt. Immerhin findet unser Standpunkt inzwischen eine breite Basis. So hat laut FAZ von 23. Januar 1975 auch der Bezirksvorsitzende der IG Metall, Essl, in München für seine Gewerkschaft in Bayern Sockelbeträge mit dem Hinweis auf die damit verbundene Nivellierung der Löhne öffentlich abgelehnt. Demgegenüber hat allerdings der Vorsitzende der DPG, Breit, nach einer Meldung vom gleichen Tag die sogenannte „soziale Komponente“ des Sockelbetrages für unverzichtbar gehalten, da dies den vielen Bediensteten mit niedrigem Gehalt zugute käme.

Was steht uns sonst 1975 bevor? Kaum zu erwarten ist, daß in der Frage der Neuschneidung der Besoldungstabelle und der Funktionsgruppen eine Änderung der derzeitigen Situation eintreten wird. Allerdings ist zu hoffen, daß eine Funktionsgruppenregelung „Rationalisierungsschutz“ doch noch verbindlich verabschiedet wird. Dies ist auch für unsere Laufbahn des höheren Dienstes wichtig. Denn die anstehende regionale Neugliederung der OPDn wird zweifellos zu quantitativen Einsparungen im höheren Dienst und zum Wegfall von Beförderungstellen führen. Es könnte sich in dieser Situation ein positiver Aspekt aus der Funktionsgruppe „Rationalisierungsschutz“ ergeben.

Das Jahr 1975 wird vermutlich auch weitere Schritte in der Neuorganisation der PÄ(V) bringen. Sicher ist, daß der große Wurf der Einrichtung wirklich großer PÄ(V) im ursprünglichen Sinne des lang ermittelten und erarbeiteten Gutachtens „Wedel“ nicht kommen wird. Es gilt sogar aufzupassen, daß der höhere Dienst wenigstens zu einer gewissen Verbesserung im Bereich der AV-Dienstposten kommt. Wichtig ist ferner, daß unseren jungen Laufbahnkollegen durch

die Neuregelung nicht der Weg zur Amtsvorsteher-tätigkeit gänzlich verbaut wird. Wir brauchen aus verständlichen Gründen Einstiegsämter. Bedeutsam ist überdies, daß das Heraufschrauben der Punktgrenzen einleuchtende Relationen zwischen A- und B-Ämtern nicht beeinträchtigen darf. Schließlich muß auch gesehen werden, daß der vermehrte Anteil von A- und B-Ämtern keineswegs zwangsläufig zu einer stärkeren Zuteilung von Planstellen A 16 und A 15 führen wird. Das System des Stellenkegels läßt dies nicht zu. Wir werden also einen größeren Stellenpuffer erhalten und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die künftig höherwertige Aufgaben wahrzunehmen haben, werden noch keineswegs mit einer baldigen Anerkennung durch Beförderung rechnen können. Dies wird sich gleicherweise dann auch auf die OPDn auswirken. Ein im Grunde genommen unmögliches Ergebnis, dem man einfach angesichts der durch die PÄ(V)-Neuorganisation entstehenden beträchtlichen Einsparungen in diesen Planstellenfragen durch Sonderregelungen begegnen muß. Wir werden abwarten müssen, ob in dieser Richtung etwas geschehen wird? Schließlich wird in diesem Jahr auch wieder vermehrt die Frage nach der Zusammensetzung der Laufbahn des höheren Dienstes behandelt werden müssen. Die Zahl der Universitätsabsolventen steigt beträchtlich. Der Studienweg steht heute wirklich allen offen. Es kann überhaupt keine Frage sein, daß ein großes Angebot wirklich gut qualifizierter Bewerber mit Universitätsabschluß heute für die Laufbahn des höheren Dienstes zur Verfügung steht. Aber wie wird die Einstellungspolitik sein? Wird zum Beispiel der Vater aus dem mittleren Dienst, der seinem Sohn zum Studium geraten und noch finanziell geholfen hat, resigniert feststellen müssen, daß dies nun gerade der falsche Weg war, seinem Sohn die Laufbahn des höheren Dienstes zu eröffnen? Entwickelt sich die akademische Ausbildung vielleicht sogar zum Negativfaktor? Wie werden sich die Zahlen der Aufsteiger im Verhältnis zu den Einsteigern darstellen? Wir werden hierauf achten müssen. Dabei gilt der von unserer Vertreterversammlung in dieser Frage gefaßte Beschluß als Beurteilungsmaßstab für die künftige Entwicklung. Hiernach bejahen wir den Aufstieg grundsätzlich. Er darf aber nicht Regel, sondern muß Ausnahme bleiben und zwar für besonders Tüchtige. Dabei muß eine abzulegende Leistungsprüfung dem

Anforderungscharakter der für den Einstieg vorausgesetzten Prüfungen entsprechen.

Soweit die Ausblicke auf einige Hauptprobleme unserer Laufbahn in diesem neuen Jahr. Dabei sollten wir zum Schluß als erfreulichen Aspekt schließlich auch noch registrieren, daß die Gedanken der von unserem letztjährigen Vertretertag beschlossenen ergänzenden Resolution zur Frage einer echt demokratischen Wahl der Vertreter von Führungskräften in einem künftigen Aufsichtsrat der DBP zu Beginn dieses Jahres eine deutliche positive Unterstützung erfahren haben. Denn prominente Vertreter aus dem Juniorlager der Regierungskoalition haben jüngst in grundsätzlicher Hinsicht, bezogen auf das generelle Problem der Wahl und Besetzung von Aufsichtsräten, klare Worte gefunden und in diesem Zusammenhang die Einrichtung und Gefahren eines Wahlmännergremiums kritisch beurteilt.

Wir werden uns auch in diesem Jahr wirklich nicht über einen Mangel an Problemen zu beklagen brauchen. Das zwingt uns Aktivität auf, ob wir wollen oder nicht. Jeder Laufbahnangehörige ist aufgerufen, mitzuhelfen. Dabei sollten wir uns von keiner Seite und auch nicht aus eigener Scheu beirren lassen, dasjenige in fairer Weise anzupacken und auch deutlich auszusprechen, was im Interesse unserer Laufbahn und das heißt im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen ganz einfach zu tun ist. Dafür sind wir da und aus diesem Grunde existiert unsere Vereinigung schon seit vielen Jahren. Gewiß werden wir nicht überall und in jeder Frage Verständnis oder Beifall finden. Das Gegenteil wird vielfach der Fall sein und wir werden auch häufig Mißerfolge erleben. Die meisten Entwicklungen kommen auch nur schrittweise voran. Auch persönliche Ärgernisse werden für manche von uns nicht auszuschließen sein.

Indessen gab es diese „Lage“ schon immer. Sie bedeutet keine Neuigkeit für 1975. Wer die Geschichte unserer Vereinigung und ihrer Vorgänger von Beginn an, das heißt sogar seit Ende des vorigen Jahrhunderts kennt, weiß von solchen Erfahrungen unter den verschiedensten Vorzeichen. Solidarität war in unserer aller Interesse immer wichtig. Ebenso ein klarer Standpunkt und ein klarer Blick für wesentliche Gesichtspunkte. 1975 liegt vor uns.

Aus den Verbänden

Telegramm

Herrn
Bundesminister des Innern
Professor Dr. Maihofer
5300 Bonn
Rheindorfer Straße 198

Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes als Spitzenvertretung der höheren Beamten erlaubt sich, anläßlich bevorstehender Verhandlungen an die entschiedene Ablehnung von Sockelbeträgen und Urlaubsgeld durch Ihren Vorgänger, Bundesminister Genscher, zu erinnern.

Jede Art dieser einheitlichen Bezüge verstößt gegen das Leistungsprinzip und verzerrt das Spannungsverhältnis zwischen den Bezügen der verschiedenen Laufbahngruppen. Es zerstört durch nivellierende Wirkung bewährte Struktur des Besoldungsrechts.

Ergebenst
Dr. Christ

Sprecher der Arbeitsgemeinschaft
der Verbände des höheren Dienstes
5300 Bonn-Bad Godesberg, Rheinallee 18

„Analysen und Meinungen zu den Tätigkeitsfeldern im Grenzbereich des gehobenen und höheren fernmeldetechnischen Dienstes“

In der Zeitschrift des VDPI „Der Ingenieur der Deutschen Bundespost“, H. 6/74, S. 168 ff., ist unter o. a. Überschrift ein Aufsatz von Ing. grad. Gronenschild und Ing. grad. Gabel erschienen, in dem die Verfasser unter Berufung auf die „Feststellungen der Studienkommission des öffentlichen Dienstrechts“ fordern, daß die Dienstposten aller Abteilungsleiter der Fernmeldeämter und der Referenten bei den Mittelbehörden diesem Grenzbereich zuzuordnen sind. Sie machen dabei geltend, daß die Bewertungskommission der Deutschen Bundespost dem Referenten 23 und dem AbtL 5 B C D etwa den gleichen „Tätigkeitswert“ zuerkannt hat.

Die Verfasser legen weiter dar, daß die mehr praxisbezogen ausgebildeten graduierten Ingenieure bessere Voraussetzungen als die Diplom-Ingenieure für die Besetzung dieser Dienstposten besitzen und zitieren dabei die 1974 erschienenen „Richtlinien (Empfehlungen) des VDE für den Übergang zwischen Fachhochschulen und Universitäten“.

Diese Darlegungen können nicht unwidersprochen bleiben, auch wenn man einräumt, daß einzelne graduierte Ingenieure, die z. B. auf Grund ihrer besonderen Leistungen in die höhere Laufbahn aufgestiegen sind, u. a. Dienstposten von Referenten mit Erfolg bekleiden. Die wenigen als Begründung angeführten Argumente aus dem Bericht der Dienstrechtskommission ergeben, aus dem Zusammenhang gerissen, keine klare Aussage zu dem Thema. Besonders gilt dies aber für die „VDE-Richtlinien“.

Die Verfasser zitieren:

„Danach ist das Ausbildungsziel der Technischen Hochschulen (TH) die Befähigung zu vornehmlich wissenschaftlicher Arbeit ... Ausbildungsziel der Fachhochschulen (FH) ist die Befähigung des Ingenieurs, auf wissenschaftlicher Basis vornehmlich anwendungsbezogen zu arbeiten ...“

Der Originaltext der betreffenden Sätze der VDE-Empfehlungen lautet dagegen vollständig:

„Ausbildungsziel der Technischen Universitäten (TU/TH) ist die Befähigung zu vornehmlich wissenschaftlicher Arbeit bzw. *Arbeit* mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden in Forschung und Lehre, Entwicklung, *Planung*, *Management* und *Verwaltung* ... Ausbildungsziel der Fachhochschulen ist die Befähigung des Ingenieurs, auf wissenschaftlicher Basis vornehmlich anwendungsbezogen in Konstruktion, Entwicklung und *Planung*, in Fertigung und Vertrieb sowie in der *Verwaltung* zu arbeiten ...“

Aus dem vollständigen Inhalt der beiden Sätze ergeben sich ganz andere Folgerungen, als die Verfasser des Aufsatzes gezogen haben: Der VDE hält die Diplom-Ingenieure außer zu wissenschaftlichen Aufgaben offenbar auch für die Arbeit im Management in Verbindung zu Planungs- und Verwaltungsaufgaben auf Grund ihrer Vorbildung für geeigneter als graduierte Ingenieure, was sich im übrigen eben-

falls bei einem Vergleich mit der Privatwirtschaft ergibt, bei der entsprechende Positionen überwiegend mit Diplom-Ingenieuren besetzt sind (siehe auch Nachrichtenblatt unserer Vereinigung 4/73 „Die Führungspositionen ...“, S. 105 ff.). Zweifellos haben vor allem die Referenten der Mittelbehörden, aber auch die Abteilungsleiter der Fernmeldeämter (mindestens bei den Planungsabteilungen) Aufgaben des mittleren Managements, meist in Verbindung mit Planungs- und Verwaltungsaufgaben, durchzuführen (s. ebenfalls Nachrichtenblatt 4/73). Diese Aufgaben erfordern in hohem Maße analytisches und konstruktives Denken, Kombinationsgabe und Dispositionsvermögen, Eigenschaften, die Diplom-Ingenieure auf Grund ihrer Vor- und Ausbildung in höherem Maße entwickeln können als graduierte Ingenieure, auch wenn diese eine größere Berufserfahrung vorzuweisen haben.

Beide haben vor dem Studium ein Praktikum abgelegt. Während graduierte Ingenieure als Vorbildung mittlere Reife bzw. Hauptschulabschluß und neuerdings die Fachhochschulreife besitzen, haben die Diplom-Ingenieure vor ihrem Studium das Abitur abgelegt. Anschließend haben die Diplom-Ingenieure ein wesentlich längeres anspruchsvolles Studium durchgeführt, das neben wissenschaftlichen auch praktische Fächer (Labor, Konstruktion usw.) enthält.

Es ist daher nicht einzusehen, weshalb Diplom-Ingenieure für leitende betriebliche Aufgaben weniger geeignet als graduierte Ingenieure sein sollen. Das beweisen immer wieder Diplom-Ingenieure als Leiter von Betriebsabteilungen bei den Fernmeldeämtern. Daher entfällt u. E. auch die von den Verfassern des Aufsatzes aus einem Vergleich zwischen dem Abteilungsleiter 5 B C D und dem Amtsbaureferenten gezogene Folgerung, daß beide Tätigkeiten besser von graduierten Ingenieuren wahrzunehmen wären. Vor allem bei der Besetzung des Dienstpostens des Referenten 23, für den auch die Bewertungskommission der Deutschen Bundespost eindeutig Hochschulausbildung gefordert hat, erscheint es kaum begründet, unter Zugrundelegung der Anforderungsprofile dieser Kommission eine Überlegenheit des graduierten Ingenieurs über den Diplom-Ingenieur abzuleiten, wie in der Zusammenstellung (siehe Kasten) im einzelnen dargelegt wird.

Wir halten diese Erwiderung für notwendig, treten aber ebenso wie die Verfasser des Aufsatzes dafür ein, „daß an Stelle von emotionell gefärbten Äußerungen der betroffenen Interessenten-Gruppen eine sachbezogene Kooperation treten sollte“ und würden es daher sehr begrüßen, wenn das traditionell gute Verhältnis zwischen den beiden Ingenieurlaufbahnen, die auf so viele gemeinsam erarbeitete organisatorische und technische Leistungen zurückblicken können, nicht durch eine im Grunde unfruchtbare Diskussion über die bessere Eignung der einen oder der anderen Gruppe für bestimmte Tätigkeiten belastet würde.

Vergleich der Anforderungs- und Befähigungsprofile am Beispiel „Referent 23 einer OPD“ Fernsprechvermittlungstechnik

Anforderungsmerkmal	Ergebnis der Bewertungskommission	Punktwert je Anf.-Merkmal	Analysen von Ing. grad. Gronenschild und Ing. grad. Gabel	Stellungnahme der Arbeitsgruppe Hamburg
1	<p>Anforderungsprofile</p> <p>a) allgemeine Kriterien nach Definition aus „Analytischem Bewertungsplan“ der DBP</p> <p>b) arbeitsplatzbezogene Kriterien aus der „Tätigkeitsbeschreibung“</p>	2	<p>Befähigungsprofile der Beamten des höheren fernmeldetechn. Dienstes (Ing. grad.)</p> <p>gehobenen fernmeldetechn. Dienstes (Ing. grad.)</p>	6
1. Fachkenntnisse		3	<p>Hochschulabschluß theoretisch tief fundierte Grundkenntnisse</p>	<p>Der Beamte des höheren fernmeldetechnischen Dienstes hat nicht nur tief fundierte Grundkenntnisse, sondern durch seine mehrjährige Tätigkeit als Abteilungsleiter 5 A und 6 A auch umfangreiche berufsspezifische Fachkenntnisse.</p>
1.1 Vor- und Fortbildung	<p>a) Hochschulausbildung (Langzeitstudium) und Berufseinführung nötig</p> <p>b) Kenntnisse der Fernmeldetechnik, insb. der Vermittlungs-, Übertragungs-, Nebenstellen und Sprechsteilentechnik, der Aufbau- und Ablauforganisation, des Vergaberechts sowie der Dienstabweisungen und Richtlinien über Planung und Bauausführung des Betriebs und der allgemeinen Verwaltung</p>	73,6	<p>Da es sich nicht um eine wissenschaftliche Tätigkeit handelt, ist die Forderung nach Hochschulabschluß überzogen. Für die Wahrnehmung der Funktion ist es unerheblich, ob die erf. Fachkenntnisse aus Ausbildung, Erfahrung, Selbststudium oder natürlichen Anlagen beruhen. Hinsichtlich des geforderten Fachwissens hat der graduierte Ingenieur wegen seiner praxisbezogenen Ausbildung und der größeren Berufs- und Lebenserfahrung eindeutige Vorteile gegenüber dem Dipl.-Ing.</p>	<p>Das Hochschulstudium befähigt nicht nur zu wissenschaftlicher Arbeit, sondern auch zur Arbeit mit Hilfe wissenschaftlicher Methoden u. a. in Planung, Management und Verwaltung. Das universellere und tiefere Fachwissen des Diplomingenieurs wird bei dem zunehmenden Übergreifen der einzelnen Techniken dem Anforderungsprofil eines Referenten 23 eher gerecht als das beim Ing. grad. zweifellos bessere praxisbezogene Wissen. Die größere Berufs- und Lebenserfahrung kann dies nicht ausgleichen.</p>
1.2 Erfahrung	<p>a) Mehr als 3 bis 5 Jahre Erfahrung in anderen Tätigkeiten nötig</p> <p>b) Erfahrung als Abteilungsleiter bei einem oder mehreren Fernmeldeämtern notwendig</p>	12,0	<p>unterschiedlich, weil auch dienstjunge Post- und Oberpoststräte eingesetzt werden.</p> <p>Langzeiterfahrung durch vielseitige, praxisbezogene Beschäftigung als Sachbearbeiter, Stellenvorsteher und ggf. Abt.-L.</p>	<p>Bei der sich allmählich normalisierenden Altersstruktur im höheren fernmeldetechnischen Dienst verfügt ein Referent 23 über mehrjährige Erfahrung, die er als Abteilungsleiter in den Aufgabenbereichen 5 und 6 sammeln konnte.</p>
2. Umgangs- und Verhandlungsgeschick	<p>a) Dienstliche Beziehungen sind schwierig, z. B. Ausgleichen von Meinungsunterschieden in strittigen Fällen; betreffen aber im allgemeinen gleichbleibende Angelegenheiten</p> <p>b) Verhandlungen und Besprechungen mit Behörden, Körperschaften, Amtsbaufirmen, anderen Vertragspartnern, leitenden Beamten der OPD, des FTZ, der FÄ über Planungs- und Bauführungsprobleme sowie mit Referatsangehörigen</p>	12,0	<p>Umgangs- und Verhandlungsgeschick ist nicht vorbildungsabhängig, sondern in erster Linie eine Frage der persönlichen Befähigung, Menschenkenntnis, Kontaktfreudigkeit, Einfühlungsvermögen, Überzeugungskraft, sicheres Auftreten und nicht zuletzt überlegene Fachkenntnisse sind unerläßliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verhandlungsführung. Bei sonst Gleichberechtigten hat derjenige mit längerer Berufserfahrung leichte Vorteile.</p>	<p>Umgangs- und Verhandlungsgeschick sind nach der heute allgemein anerkannten Führungslehre weitgehend vor- und ausbildungsabhängig. Die längere Berufserfahrung hat – bei gleicher persönlicher Befähigung – geringeres Gewicht.</p>

3. Aufmerksamkeit	<p>a) Anpassungsgrad gering b) Konzentration auf Denkvorgänge, Wahrnehmen der gedanklich zu verarbeitenden Probleme</p>	4,1	Die geforderten Fähigkeiten sind bei beiden Laufbahnangehörigen in gleichem Maße vorhanden.	Wird anerkannt.
4. Denktätigkeit	<p>a) Denkbelastung sehr hoch. Arbeiten umfassen Aufgaben mit verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, wobei gründlich zu überlegen und methodisch vorzugehen ist, eigene Vorschläge erwartet werden und Vorschriften oder Erfahrung nicht immer ausreichende Hilfe bieten. b) Regeln von Grundsatzfragen und langfristigen Planungszielen, Lösen von Planungs- und Koordinierungsproblemen, besonders bei Engpässen und kurzfristigen Veränderungen der Ausgangsbasis. Beraten der Ämter bei Besprechungen und Verhandlungen.</p>	55,4	<p>Denkvermögen als die Anwendung geistigen Könnens ist vorbildungsunabhängig. Die verschiedenen Bildungsgänge sind kein Maßstab für die geistige Beweglichkeit wie Regsamkeit, Vorstellungsvermögen, Findigkeit, Urteilsvermögen und Wendigkeit.</p> <p>Das im Langzeitstudium geschulte Denkvermögen) verschafft dem Diplomingenieur zweifellos Vorteile, die aber bei der Lösung konkreter Aufgaben durch das praxisbezogene und vielseitige Anwendungswissen des graduierten Ingenieurs ausgeglichen werden.</p>	<p>Eines der Primärziele des Hochschulstudiums ist die Ausbildung des Denkvermögens, das daher bildungsabhängig ist. Anwendungswissen ist bei weniger intensiv und lange geschulter Denkfähigkeit kein Ersatz.</p>
5. Selbstständigkeit	<p>a) Arbeiten sind überwiegend durch so allgemein gehaltene Vorschriften bestimmt, daß die Einzelfälle in erheblichem Umfang der eigenen Beurteilung unterliegen. Verbindliche Entscheidungen sind in hohem Maße zu treffen. b) Beurteilungsspielraum beim Führen des Referates, beim Aufstellen des Planungsprogrammes, der lang- und mittelfristigen Planungsziele, beim Steuern der Investitionsmittel und beim Bearbeiten von Grundsatzfragen. Entscheidungsbefugnis in diesen Fällen.</p>	16,3	<p>Selbstständigkeit ist die mögliche Handlungsfreiheit bei der Aufgabenerfüllung und wird vorwiegend durch die Berechtigung geprägt, eigene Entschlüsse zu treffen.</p> <p>Das Vermögen, den hierneben bezeichneten Beurteilungs- und Entscheidungsspielraum optimal auszuschöpfen, wird weitgehend vom vorhandenen Fachwissen und von der persönlichen Entschlußfreudigkeit bestimmt. Auch hier dürfte der berufserfahrene graduierte Ingenieur leichte Vorteile aufweisen.</p>	<p>Ein Beamter des höheren fernmeldetechnischen Dienstes wird während seiner Vor- und Ausbildungszeit von vornherein zur Selbstständigkeit angehalten. Nach seiner Laufbahnprüfung wird er – im Gegensatz zum Beamten des gehobenen fernmeldetechnischen Dienstes – ausschließlich auf Dienstposten beschäftigt, die weitgehende Selbstständigkeit erfordern. Gleiche persönliche Entschlußfreudigkeit unterstellt, liefert längere Berufserfahrung allein keinen Ausgleich.</p>
6. Führungsverantwortung	<p>a) Verantwortungsbereich vergleichbar mit der Führung eines Amtes mittlerer Größe. b) Im Rahmen der Leitungs- und Führungsaufgaben der OPD zuständig für die Planung und Bauführung der Fernsprechvermittlungstechnik; Führen der Referatsangehörigen.</p>	32,5	<p>Führungsverantwortung besteht, wenn im Rahmen von Leitungs- und Lenkungsaufgaben auf die Arbeit anderer einwirkt. Sie ist von der Art und Größe des Verantwortungsbereiches und den Zuständigkeitsgrenzen abhängig. Im Verlauf seines langen Berufsweges hat der graduierte Ingenieur Vorgesetztenfunktionen in verschiedenen Stufen wahrgenommen und dadurch die Fähigkeit zur Führungsverantwortung besser entwickeln können als der im allgemeinen wesentlich dienstjüngere Diplomingenieur.</p>	<p>Die Fähigkeit und Bereitschaft, Führungsverantwortung zu übernehmen, ist nach der heute allgemein anerkannten Führungslehre bei gleichermaßen vorhandenen persönlichen Voraussetzungen in erster Linie das Ergebnis einer Managementschulung, die auf einem guten Bildungsstand sowie genügender Wissensbreite und Übersicht aufbaut. Hier hat der Dipl.-Ing. wegen seiner längeren und intensiveren Vor- und Ausbildung Vorteile, die durch die zweifellos meistens größere Berufserfahrung in Vorgesetztenfunktionen des Ing. grad. nur schwer ausgeglichen werden können.</p>
Summe der Punktwerte je Anforderungsmerkmale =		205,9		
Tätigkeitswert:				

Vertretertag 1975 in Dortmund

Die Vertreterversammlung der Vereinigung der höheren Postbeamten wird im Jahre 1975 vom 4. bis 7. Mai in Dortmund stattfinden. Der Bezirksverein Dortmund möchte an dieser Stelle allen Kollegen einen ersten Überblick über das vorgesehene Programm dieses Vertretertages geben und gleichzeitig über den diesjährigen Tagungsort, die Stadt Dortmund, informieren.

Zunächst zum Tagungsprogramm:

Sonntag, 4. Mai 1975

Sitzung des Hauptvorstandes
14.30 bis 18.00 Uhr
Inoffizielles Treffen
Beginn 18.30 Uhr

Montag, 5. Mai 1975

Arbeitstagung der Delegierten
14.30 bis 18.00 Uhr
Begrüßungsabend
Beginn 20.00 Uhr

Dienstag, 6. Mai 1975

Arbeitstagung der Delegierten
9.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch, 7. Mai 1975

Arbeitstagung der Delegierten
8.00 bis 10.00 Uhr
Pressekonferenz
10.00 bis 11.00 Uhr
FITCE-Tagung
10.00 bis 11.00 Uhr
FEFAS-Tagung
10.00 bis 11.00 Uhr
Festveranstaltung
15.00 bis 18.00 Uhr
Gesellschaftsabend
Beginn 20.00 Uhr

Für die Arbeitstagung sind die Räume des Westfälischen Industrieklubs vorgesehen. Die Sitzung des Hauptvorstandes, die FITCE- und die FEFAS-Tagung werden ebenfalls dort stattfinden.

Das Inoffizielle Treffen findet am Sonntagabend im Restaurant „Zum Alten Markt“, der Begrüßungsabend und der Gesellschaftsabend in den Räumen der Restauration Krone statt. Im Großen Saal der Restauration Krone wird am Nachmittag des letzten Tages die Festveranstaltung abgehalten. Der Westfälische Industrieklub, das Restaurant „Zum Alten Markt“ und die Krone liegen nah beieinander am Alten Markt (s. Titelblatt), im Herzen der Dortmunder Innenstadt, zehn Fußminuten vom Hauptbahnhof entfernt.

Für das Damenprogramm haben wir geplant:

Montag, 5. Mai 1975

Stadtrundfahrt
nachmittags

Dienstag, 6. Mai 1975

Busfahrt in die Umgebung Dortmunds
mit Besichtigungen
Tagesprogramm

Anfang Januar wurden den einzelnen Bezirksvereinen Hotelverzeichnisse, Zimmeranmeldeformulare

und Stadtpläne entsprechend den geschätzten Teilnehmerzahlen zugesandt. Dieses wurde mit der Bitte verbunden, dem Bezirksverein Dortmund bis spätestens 28. Februar 1975 die tatsächlich zu erwartenden Teilnehmerzahlen zu melden. Wir empfehlen denjenigen, die am Vertretertag teilnehmen werden, sich rechtzeitig mit Hilfe der Hotelverzeichnisse bzw. Zimmeranmeldeformulare um eine Unterkunft zu bemühen.

Abschließend an dieser Stelle noch einige Zeilen zum diesjährigen Tagungsort Dortmund. Mit 650 000 Einwohner ist Dortmund Westfalens größte Stadt und mit 27 000 ha flächenmäßig zweitgrößte Stadt der Bundesrepublik (ohne Stadtstaaten). Trotz des natürlich vorherrschenden Industriestadt-Charakters bestehen noch 53 % des Stadtgebietes aus Wäldern, Grünland und Parks.

Urkundlich wurde Dortmund als „Throtmani“ 898 erstmalig erwähnt. Im Mittelalter war Dortmund eine freie Reichs- und Hansestadt, deren Kaufleute an der norddeutschen Küste, in England und in Rußland gleichermaßen oft zu sehen waren. Zinnenbewehrte Stadtmauern gibt es in Dortmund allerdings nicht mehr und manches historisch bedeutsame Bauwerk überlebte den letzten Krieg nicht, wie das romanische Rathaus aus dem 13. Jahrhundert. 93 % der Dortmunder Innenstadt waren zerstört.

St. Reinoldi, die Hauptkirche der Stadt, wurde wieder aufgebaut. In der benachbarten Marienkirche finden wir den bekannten Marienaltar des Konrad von Soest und im südlichen Vorort Syburg eine der ältesten Kirchen Westfalens, die 799 von Papst Leo III. geweihte Peterskirche. Eine vielbewunderte Kostbarkeit ist auch der flandrische Schnitzaltar in der Petrikirche.

Geschichtlich bedeutsam war für Dortmund die ideale Lage am Schnittpunkt der Verkehrswege von Nord nach Süd und Ost nach West. Dies zählt auch heute noch. Die Autobahnen Sauerlandlinie, Hansalinie, Oberhausen—Hannover und der autobahnähnlich ausgebaute Ruhrschnellweg, der Dortmunder Hauptbahnhof als Intercity-Knotenpunkt, Zugbildungsbahnhof und Ausgangspunkt internationaler Fernzüge und der Hafen, mit zehn Hafenbecken größter europäischer Kanalhafen, repräsentieren die heutige Bedeutung des Verkehrsknotenpunktes Dortmund. Gute Verkehrswege sind entscheidend für die heimische Wirtschaft, zu deren Schwerpunkten die Stahlproduktion, das Dortmunder Bier sowie der Maschinen- und Brückenbau gehören. Mit sieben Großbrauereien und einem Jahresausstoß von sieben Millionen Hektolitern ist Dortmund Europas Bierstadt Nr. 1.

Die Städtischen Bühnen sind im Musiktheater und im Schauspiel der zeitgenössischen Kunst ebenso verbunden wie den künstlerischen Formen der Vergangenheit. Mehrere Museen widmen sich der modernen Kunst, der Kulturgeschichte, der Naturkunde und der Geschichte des Schulwesens. Die Universität Dortmund befindet sich noch im Aufbau.

Die Westfalenhalle als Veranstaltungs-, Kongreß- und Ausstellungszentrum, der Westfalenpark mit dem 220 m hohen Fernsehturm und das Westfalenstadion (Fußballweltmeisterschaft 1974) sind Sport- und Erholungsstätten, die weit über die Grenzen des Ruhrgebiets bekannt sind.

13. Europäische Fernmeldetage; Luxemburg vom 2. bis 7. September 1974

Dipl.-Ing. Werner Hufnagel

Mit den 13. Europäischen Fernmeldetagen in Luxemburg wurde gleichzeitig die dritte Runde unserer Kongresse eingeleitet, die jährlich in einem anderen Land der EWG stattfinden. Luxemburg ist in der Reihe unserer Tagungsorte so etwas wie ein ruhender Pol und gleichzeitig ein neuer Anfang. Hier fanden die Kongresse 1962 und 1968 statt.

Wenn man nach sechs Jahren wieder hierher kommt fühlt man sich fast wie zu Hause. Vielleicht liegt das an Luxemburg, einer Stadt mit 1000jähriger Erfahrung mit Gästen, oder auch an den Luxemburgern, die fast jeden Tagungsteilnehmer in seiner eigenen Sprache begrüßen und willkommen heißen. Wer Luxemburg kennt, weiß, daß trotz aller Gelassenheit hier aktiv gehandelt wird. Nicht von ungefähr steht Luxemburg an der Spitze des Wohlstandes in Europa. Das spiegelt sich in den Zahlen des Bruttosozialproduktes ebenso wie in dem Pro-Kopf-Verbrauch bei allen möglichen Gütern wieder bis hin zur Fernsprechkarte, die uns natürlich besonders interessiert, weil wir hier am ehesten vergleichen können. Die Luxemburger sind offensichtlich pragmatisch denkende und handelnde Leute; das Theoretisieren überlassen sie anderen und vom bedruckten Papier halten sie wenig, es sei denn, es handelt sich um Vorträge, schöne Scheine oder hübsche Einladungskarten für diese oder jene Veranstaltung.

Demzufolge lief auch unser Kongreß reibungslos ab; zumindest ohne für die Teilnehmer erkennbare Hektik. Wer je solche Tagungen organisiert hat, weiß was dahintersteht, und am erstaunlichsten ist, daß hier nur fünf Kollegen — mehr gibt es in Luxemburg nicht — die Fäden gezogen haben. Selbstverständlich haben die Damen mitgeholfen und natürlich stand alles unter der erfahrenen Leitung unseres Freundes Leon Bernard.

Die Eröffnung fand im neu hergerichteten „Cercle Municipal“ am Place d'Armes statt, einem für diese Zwecke gut geeignetem Gebäude mitten in der City.

In Anwesenheit des Ministers für Finanzen Monsieur Vouel sowie der Vertreter der Botschaften aller EWG-Staaten — erstmals auch Großbritannien — und der Vertreter der für das Fernmeldewesen zuständigen Ministerien wurden alle Teilnehmer und Gäste im Namen der FITCE vom derzeit amtierenden Präsidenten der Föderation Herrn Dipl.-Ing. Leon Bernard und im Namen der Stadt Luxemburg von Frau Bürgermeister Flesch willkommen geheißen.

Während Herr Bernard auf die Arbeit der FITCE und auf das diesjährige Thema des Kongresses einging, berichtete Frau Bürgermeister Flesch über die Geschichte Luxemburgs, dem „Zufall einer Begegnung vor mehr als zehn Jahrhunderten zwischen einem Mann und einer Landschaft, zwischen einem Willen und einer Möglichkeit, nämlich der Entstehung von chateau-fort, der Wiege der Stadt unter dem Grafen Luxemburg.

Luxemburg, heute eine offene Stadt und eine Europäische Stadt möge den Rahmen abgeben für ein paar Tage Europäisches Denken.“

Die Festrede zum Thema „50 Jahre Nachrichtentechnik“ hielt Professor Dr.-Ing. Pausch — ein interessanter Streifzug durch die Geschichte der Fernmelderei.

Oft nimmt man ja Vorhandenes wie selbstverständlich hin, ohne zu überlegen, daß Änderungen oder Einführungen neuer Systeme zu jeder Zeit nur unter sehr großem Druck stattfanden und daß es ohne Frage Leistungen Weniger oder Einzelner waren, wenn Neuerungen durchkamen.

Am Schluß seiner Rückschau ging Professor Pausch auf die vor uns liegenden Aufgaben ein: „Bei der rasch zunehmenden Nachfrage nach Dienstleistungen und den Schwierigkeiten bei einer proportionalen Ausweitung des Personalbestandes stehen die Betriebsunternehmen unter dem unausweichlichen Zwang, ihre Dienste durch den Einsatz weiterer technischer Mittel zu rationalisieren. Im Fernsprekdienst hat die 3. Automatisierungsphase mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung bereits begonnen. Erste Erfolge konnten im Bereich der Prüf- und Meßtechnik erzielt werden. Weitere Möglichkeiten für den Anmelde- und Rechnungsdienst, für die Bedarfsermittlung und die Netzplanung, für den Unterhaltungs- und Entstörungsdienst, für automatisch gestützte Auftrags- und Auskunftsdienste zeichnen sich ab.

Damit hoffe ich den Bogen von Automatisierungsbemühungen vor 50 Jahren, wo man weitgehend und buchstäblich die betrieblichen und schon gar die administrativen Aufgaben von Hand erledigt hat, zu der Jetztzeit gespannt zu haben, wo nicht nur die Vermittlungssysteme mehr und mehr vom vorprogrammierten Rechner gesteuert werden, sondern wo man beginnt, den Betriebsrechner umfassend als technisches Hilfsmittel zur Lösung der ständig wachsenden Betriebs- und Verwaltungsprobleme einzusetzen.

Damit ist auch die Verbindung zu dem ersten Thema der technischen Konferenz dieser Tagung hergestellt, bei dem die „Betrieblichen Probleme in den Fernmeldenetzen“ angesprochen werden. Es ist erfreulich, daß dieser alle Betriebsverwaltungen berührende Fragenkomplex im Vordergrund der Diskussion steht, um den Gedankenaustausch im Kreise der Fachkollegen möglichst frühzeitig einzuleiten, Entwicklungen auf breiter Basis anzustoßen und durch gemeinsame Anstrengungen zu homogenen Lösungen zu kommen.

So wie die heutigen, die ganze Erde umspannenden Fernmeldenetze nur durch die vorbehaltlose Zusammenarbeit der Nachrichteningenieure und Betriebsfachleute zustandekamen, so hängt auch die weitere Fortentwicklung der Nachrichtentechnik von einer ständigen Kooperation ab. Neue Aufgaben zeichnen sich ab, die es gilt, gemeinsam anzupacken und rechtzeitig zu lösen, um auch in Zukunft den Nachrichtenaustausch mit den optimalen technischen und betrieblichen Mitteln zu gewährleisten.



Teilnehmer der
technischen Konferenz



Kommission I bei der Arbeit



Konzert bei
Radio Luxemburg

Dazu möge diese Tagung ihren Beitrag beisteuern, dazu wünsche ich allen Kollegen Freude bei ihrer Arbeit, Erfolg bei ihren Bemühungen.“

Anschließend begrüßte Monsieur Vouel, Minister für Finanzen und für das Post- und Fernmeldewesen, alle Teilnehmer und Gäste des Kongresses. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß Luxemburg zum drittenmal die Europäischen Fernmeldetage ausrichtet.

„Seit 1962 ist Ihre Organisation gewachsen und die Vielzahl der Teilnehmer heute zeugt von der Aktivität der Europäischen Fernmeldeingenieure.“

Das Problem, das heute – eigentlich schon immer – jeder der in der Verantwortung steht, hat, ist eine schnelle und exakte Information zu besitzen. Das führt zu dem Schluß, daß man so schnell wie möglich die Methoden der Datenerfassung, der Datenübertragung und der Datenverarbeitung verfeinern und verbessern muß. Das kann nur passieren, wenn man gleichzeitig die Rechnertechnik und die Fernmelde-technik weiterentwickelt.

Mit Interesse stelle ich fest, daß die Fragen der Datenübertragung im Mittelpunkt Ihrer Tagung steht, nachdem Sie sich 1972 in Stuttgart mit den Fragen der Elektronischen Datenverarbeitung beschäftigt hatten und diese Studien auch noch in einer Ihrer Kommissionen fortsetzten.“

Am Schluß wünschte Monsieur Vouel allen Ingenieuren Mut bei ihrer wichtigen Arbeit – viel Erfolg für die vor uns liegende Tagung, und erklärte die „13. Europäischen Fernmeldetage“ für eröffnet.

Am Nachmittag wurde die technische Konferenz eröffnet durch einen Vortrag von Mr. Layton, Direktor der EWG-Kommission für Industrieangelegenheiten und Nachrichtentechnik zum Thema „Entwicklung und Fernmeldepolitik für Europa“.

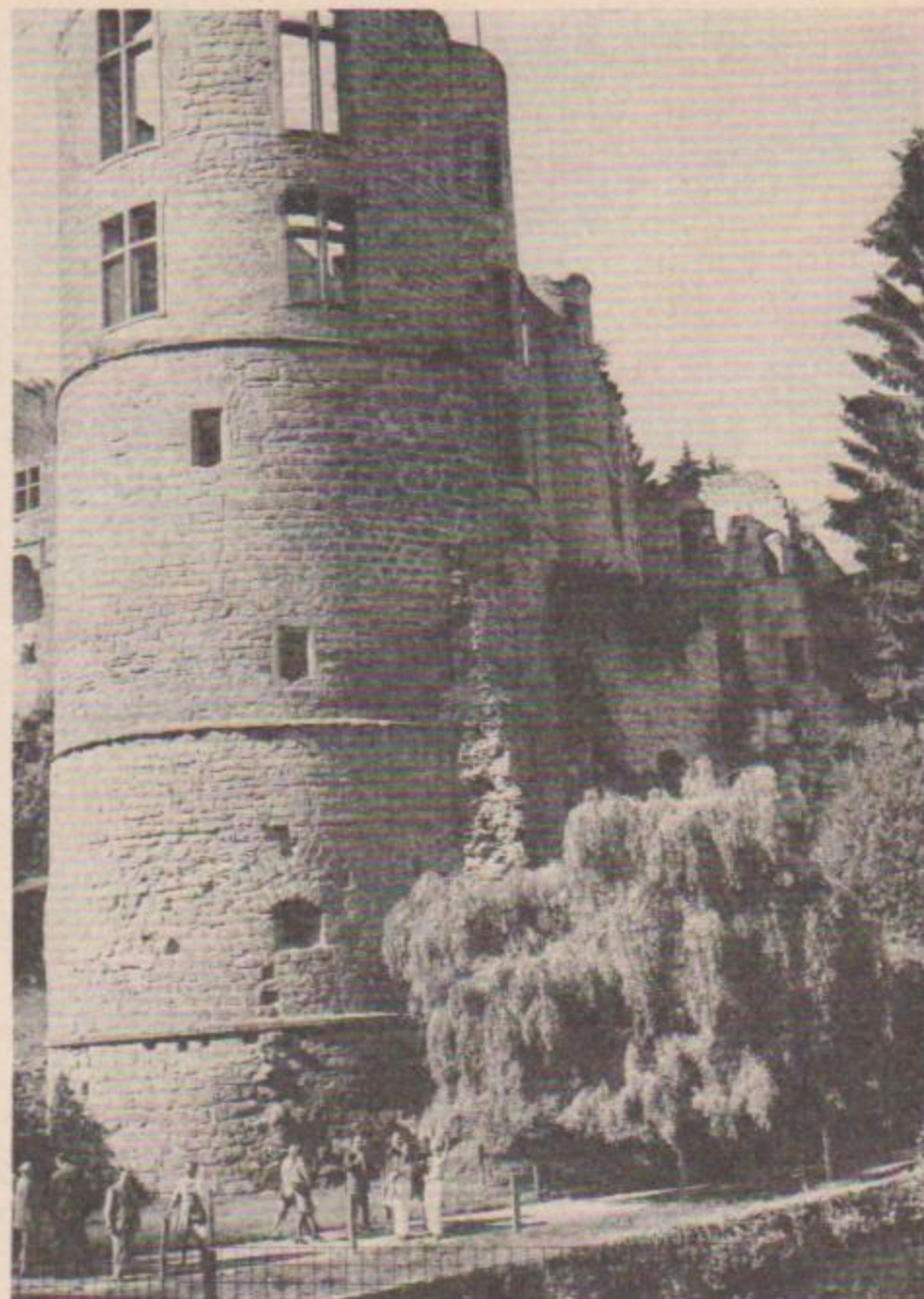
Wie schon im vergangenen Jahr vertrat er die These, daß nur eine Europäische Fernmeldebehörde mit Erfolg auch Europäische Fernmeldepolitik machen könne.

Innereuropäisch forderte Mr. Layton die Öffnung der Fernmeldemärkte, so daß zumindest zu vergleichbar anderen Märkten ein Austausch stattfinden kann. Voraussetzung sei für ihn zunächst einmal die Anpassung der Nachrichtentechnologie innerhalb Europas bzw. wenigstens der Wille zu einer einheitlichen Entwicklung für kommende Technologien.

Die diesjährige Konferenz stand unter zwei Themen:

1. Betriebliche Probleme in den Fernmeldenetzen
 - Dienstgüte, Begriffsbestimmungen und Maßstäbe für die Beurteilung,
 - Zuverlässigkeit der Geräte; Abnahme der Anlagen,
 - Unterhaltungsverfahren, Organisation der Dienste.
2. Datenübertragung
 - Aufbau der Netze, um dem bestehenden und und künftigen Bedarf der Kunden gerecht zu werden,
 - Merkmale und Leistungen.

Insgesamt wurden 16 Vorträge zu den beiden Themen gehalten. Da alle Vorträge in der „Revue“ erscheinen, braucht hier nicht näher darauf eingegangen werden. Dank der straffen Führung der technischen Konferenz durch unsere beiden Kollegen Toussing (Luxemburg) und Hamelberg (Holland) liefen sowohl alle Vorträge als auch Diskussionen zeitlich exakt ab.



Ausflug nach Schloß Beaufort

Ebenfalls reibungslos funktionierte die Versorgung mit kleinen Erfrischungen in den Konferenzpausen, und oft wurden ungeklärte Fragen besonders Interessierter noch kurzerhand im Foyer geklärt.

Schwierigkeiten und kleine Pannen gab es wie immer bei den Übersetzungen. Es gehört aber auch zu den schwierigsten Kapiteln, technische Texte zu dolmetschen, besonders dann, wenn sich Vortragende nicht an die international allgemein bekannte Regel halten: langsam sprechen.

Was gibt es Neues bei der FITCE?

Eigentlich sollte man die Gegenfrage stellen: muß es immer etwas Neues geben?

Seit 13 Jahren bemüht sich die Föderation ihren Zielen und Aufgaben gerecht zu werden. Sie hat sich vorgenommen:

- a) die Entwicklung der Wissenschaft auf dem Gebiet des Fernmeldewesens voranzutreiben,
- b) freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern und deren Familien zu fördern,
- c) die besonderen Probleme, die sich aus Ausbildung, Stellung, Befugnissen und Werdegang ihrer Mitglieder ergeben, von allen Seiten zu untersuchen,
- d) allen Mitgliedern Ergebnisse und Erfahrungen auf allen Gebieten der Nachrichtentechnik und des Betriebes zukommen zu lassen.

An diesen vier Grundsätzen gemessen, hat die FITCE in den vergangenen Jahren gut gearbeitet. Wer auf Antrieb nicht aus jedem Europäischen Land die Namen von drei Kollegen nennen kann, sollte sich



Bad Mondorf

selbst eine Frage stellen. Wie kann Europa zusammenwachsen, wenn sich die Kollegen nicht kennen? Europa, so scheint es, ist im Augenblick etwas festgefahren. Der Schwung ist weg und – was gut ist – auch einige Träume. Wir sind nüchterner geworden. Mit schönen Reden ist es nicht getan und auch Begeisterung führt meist nur in die falsche Richtung.

Eine Einheit kann nur funktionieren, wenn übergroße Spannungen, gleich welcher Art, abgebaut werden können. Voraussetzung aber zum Abbau sind Information, Erfahrungsaustausch und der Wille zur Anpassung.

In diesem Sinne arbeitet die FITCE nach wie vor und wir können wenigstens von uns sagen, daß wir mit zu denen gehören, die in der Arena stehen, während viele – noch zu viele – von den Rängen zuschauen.

Sonstiges

Zu einer guten FITCE-Tagung gehört ein Rahmenprogramm. Die Luxemburger Kollegen haben uns wieder überrascht mit der Vielfalt des Angebotenen.

Ob es der gemütliche Abend in Wormeldange oder eines der fünf Ausflugsziele am Donnerstag oder der Konzertabend bei Radio-Luxemburg war, immer hatten wir das Gefühl, daß man hier zu Gast war bei Freunden.

Daß den Damen während der Woche nebenher noch dies und das geboten wurde versteht sich von selbst – von selbst?

Man muß es unseren Luxemburger Kollegen und deren Damen schon danken, was auch während der Tagung mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde.

Generalversammlung

Die „Assemblée generale“ ist Vereinsarbeit.

Mitgliederzahl: 2524 ordentliche und 188 außerordentliche –

Finanzen: geordnet –

Berichte aus der Kommissionsarbeit: werden veröffentlicht –

Entlastung des Vorstandes – Neuwahl: Sitzungsgemäß trat der amtierende Präsident Herr Dipl.-Ing. Leon Bernard/Luxemburg zurück und genauso wurde sitzungsgemäß – nach dem Alphabet werden nach Luxemburg die Niederlande den Präsidenten stellen – Herr van Bekkum für die Dauer eines Jahres – maximal 2 Jahre – als Präsident der FITCE vorgeschlagen und gewählt.

Der Generalsekretär der FITCE, Herr Theys, berichtete ferner über die Absichten der Kollegen aus Irland und Dänemark. In Dänemark gibt es zwei Vereinigungen von Ingenieuren, die beide im Prinzip einverstanden wären, wenn ihre Mitglieder die Einzelmitgliedschaft beantragen. Vielleicht findet sich aber auch ein Weg, daß beide Vereinigungen korporativ die Mitgliedschaft beantragen.

Vier irische Kollegen waren als Delegierte ihrer Vereinigung der „Organisation der Fernmeldeingenieure Irlands“ zu Gast in Luxemburg und erklärten gegenüber dem Direktionskomitee der FITCE das generelle Interesse ihrer Vereinigung (210 Mitglieder) am Beitritt.

An Hand eines dreiseitigen Fragebogens wurden offene Fragen geklärt, und man war sich am Schluß darüber einig, daß Ziele und Aufgaben unserer Föderation mit denen der irischen Vereinigung in vielen Punkten übereinstimmen. Die irischen Kollegen verabschiedeten sich mit der Zusage, daß sie in der nächsten Vollversammlung ihrer Vereinigung für den Beitritt zur FITCE plädieren wollen und daß nach ihrer Meinung vielleicht schon im nächsten Jahr eine Aufnahme zustande käme.

Schlußbankett

Daß man Freunde mit einem Essen verabschiedet, gehört zu den Annehmlichkeiten aller Kulturkreise.

Im Foyer des Neuen Theaters begrüßte der Generaldirektor für das Post- und Fernmeldewesen in Luxemburg, Monsieur Heinen, alle Gäste aus Europa im Namen des Ministers für Finanzen Monsieur Vouel, der leider nicht anwesend sein konnte. Er brachte

noch einmal zum Ausdruck, wie sehr Luxemburg am Europäischen Geschehen teilnehme und wünschte der FITCE weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

Monsieur Chapuis von der UIT schloß sich diesen Wünschen an und forderte die Kollegen zur weiteren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik auf.

In Anbetracht des Gesehenen und Erlebten war es für mich eine einfache Aufgabe dem Gastgeber und allen Kollegen aus Luxemburg im Namen der Föderation und im Namen aller Teilnehmer zu danken.

Nizza 1975

Das Abschiednehmen unter Freunden dauert immer etwas länger. Schließlich ging man auseinander mit der festen Zusage sich im nächsten Jahr wieder zu treffen.

Unsere französischen Kollegen haben sich bereit erklärt, die „14. Europäischen Fernmeldetage“ vom 8. bis 13. September 1975 in Nizza auszurichten. Ort und Zeit wurden inzwischen bestätigt und können eingeplant werden.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen.

Aus der Arbeit des Hauptvorstandes

Der HV ist am 11. Januar 1975 mit dem Vorstand der Deutschen Postgilde zur Erörterung gemeinsam interessierender Fragen zusammengetroffen.

Der HV, vertreten durch Herrn Wehran und Frau Dr. Söldner, hat am 19. Januar 1975 im BPM ein Gespräch über Fragen der Neuorganisation der PÄ(V) geführt.



Erweiterte Hauptvorstandssitzung
in Köln, FA 2, vom 30. 1. bis 1. 2. 1975

Buchbesprechungen

Claus Peter Spengler, Hamburg

... sah und las und traute seinen Augen nicht:

Großes Bundesverdienstkreuz ...

... auch für Angehörige der Deutschen Bundespost?

Ein seltenes Ereignis! – Ein freudiges Ereignis? – Das ist hier die Frage! – Fast ist man geneigt zu sagen: Ein grausiges Ereignis!

Wie das? – Nun, Leser, die den Verfasser dieser Zeilen kennen, wissen, daß es sich nur um erste zornige Reaktionen handeln kann, nachdem er das Buch

Großes Bundesverdienstkreuz
von Bernt Engelmann, Autoren Edition

zugeklappt und nach der Lektüre den ersten tiefen Schnauer von Wut, Empörung und Ohnmachtsempfinden ausgestoßen hat.

Ich habe dieses Buch zu Weihnachten geschenkt bekommen und es intensiv gelesen. Beim Weglegen erinnerte ich mich dann, daß vor Zeiten einige honorire Leute sich geweigert hatten, den im Titel

des Buches genannten Orden teils anzunehmen, teils auszuteilen. Mein Verständnis für die Haltung dieser Leute ist seit der Lektüre des Buches erheblich gewachsen.

Erheblich gesunken ist mein Respekt vor den Personen, die im Verzeichnis am Schluß des Buches als in den Dokumenten Genannte aufgeführt werden. Sie werden auf der Buchklappe als „Dunkelmänner“ bezeichnet. Auch hier glaube ich an den Sinn der Farbgebung: Selbst wenn dieser Schutzumschlag zerklüftet sein sollte und dem Papierkorb überantwortet wird, deutet die Farbe des Einbandes doch deutlich auf den Inhalt hin: Strahlendes SS-Schwarz! Doch was sollen diese Assoziationen aus einer verpuschten Kindheit: Lassen wir Tatsachen sprechen, denn Engelmann nennt sein Buch einen Tatsachenroman. Zu den Tatsachen gehört am Schluß des Buches ein Index. Aus der Schar der dort aufgeführten Personen, wie

Friedrich Flick, Otto Freiherr von Fircks, Hans Joachim Götz, Karl Friedrich Grau, Kurt Georg Kiesinger, Artur Missbach, Fritz Ries, Julius Steiner, Franz Josef Strauss, Eberhard Taubert, Gerhard Kreuzwendedich Todenhöfer, Hugo Wellems und Siegfried Zogelmann

fallen mir drei Namen besonders auf:

Richard Stücklen — weil er in dieser Schar der Tätigen am wenigsten belastet erscheint;

Hans Maria Globke — weil er keinen Einfluß mehr haben kann;

Hanns Martin Schleyer — weil mir nunmehr der Protest der Frauen klar wird, als man ihn in irgendein Komitee zum „Jahr der Frau“ bestimmte.

Ich frage mich, ob diese Ausführungen schon ausreichen, um Sie, lieber Leser, neugierig zu machen auf das Buch, das der Autor einen „Tatsachenroman“ nennt. Ich würde mich gern in einen Streit einlassen über die Frage, ob sich Tatsachen — und gar so bittere — in einen Roman pressen lassen. Dennoch:

Personalveränderungen

Amtsblattauszüge, bearbeitet von Dr. Wilhelm Fenge

Ernennungen:

zum Ltd OPDir der OPDir Dr. Harry Köhler in Köln, OPD;

zum MinR der OPDir Karl Schmiel in Bonn, BPM;

zum APr der OPDir Dipl.-Ing. Eberhard Schidt in Darmstadt, FTZ;

zur Ltd OPDirn die OPDirn Dr. Susanne Söldner-Rembold in Darmstadt, PTZ;

zum VPr einer OPD der APr Heinz Kassemeyer in Stuttgart, OPD;

zum MinR der OPDir Wilhelm Weltermann in Bonn, BPM;

zum Ltd OPDir die OPDir Dipl.-Ing. Friedrich Bardua in Darmstadt, FTZ, Oskar Ludwig in München, FA 1;

zum MinDir die MinDirig Hans Gottfried Bernrath, Franz Reeg in Bonn, BPM;

zum Pr einer OPD der APr Dipl.-Ing. Helmut Elsner in Tübingen, OPD;

zum APr der Ltd RegDir Dr. Herbert Grigat in Berlin, BDr.

zum MinR die OPDir Dipl.-Ing. Hagen Gmelin, Dipl.-Ing. Dieter Heselhaus, Dr. Gerhard von der Heyden, Gerhard Naumann in Bonn, BPM;

zum APr der OPDir Hans Lichtenthäler in Darmstadt, PTZ;

zum Ltd OPDir die OPDir Dr. Werner Baden in Hamburg 3, Wilfried Ecker in Düsseldorf, OPD, Dipl.-Ing. Hubertus Finck in Düsseldorf, FA 1, Dr. Karl Giegerich in Nürnberg, OPD, Dipl.-Ing. Ferdinand Kirchberg in Hamburg, FA 1, Dr. Gottfried Uhrig in Köln, OPD, Dipl.-Volksw. Kurt Weber in Hannover, OPD, Dieter Wöhlert in Hannover 2.

zum MinDirig die MinR Dr. Walter Laue, Dipl.-Ing. Helmut Schön in Bonn, BPM;

zum MinR der OPDir Dipl.-Ing. Hans Schmidt in Bonn, BPM;

zum OPDir der OPR Dipl.-Ing. Jürgen Freytag in Bonn, BPM;

Eine sehr interessante und, wie man im nachhinein feststellen kann, sehr zutreffende nomenclatur. Die Tatsachen stammen aus einer Zeit vor etwa 35 Jahren bis kurz vor Erscheinen dieses Blattes. Das Buch liest sich wie ein anspruchsvoller Krimi: Selbst dem Lesemuffel muß es schwerfallen, zwischendurch mal Pause zu machen.

Nun mag einer kommen und sagen: Siehe, diese Nestbeschmutzer! und meint Engelmann und möglicherweise mich als Rezensenten. Zum Beispiel Herr Jürgen Busche, der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. November 1974 seinen Verriß unter die Überschrift stellte: „Ein einziger brauner Pfuhl“; doch da muß ich sehr bitten, diesem Einäugigen nicht zu glauben. Es ist sicher richtig und durch viele fruchtbare Beispiele bewiesen, daß andere auch nicht besser sind als wir. Aber das muß ich Engelmann unterstellen: Es geht ihm nicht nur — wie Busche vermutet — um den finanziellen Erfolg (wer hätte den nicht gern), sondern um eine Warnung an die schlafenden oder eingeschlaferten Bürger, die immer noch meinen, die Welt sei in Ordnung oder sehr leicht mit der nächsten Wahl in Ordnung zu bringen.

zum Ltd OPDir der OPDir Dr.-Ing. Wilfried de Beauclair in Darmstadt, PTZ;

zum OPDir der OPR Joachim Preuß in Darmstadt, PTZ;

zum MinDirig die MinR Dipl.-Ing. Alfred Meier, Dipl.-Volksw. Franz Schöll in Bonn, BPM;

zum VPr einer OPD der APr Dipl.-Ing. Klaus-Peter Schneider in Braunschweig, OPD;

zum LtdOPDir die OPDir Dipl.-Ing. Gerhard Böhmer in Karlsruhe, FA, Dipl.-Ing. Hans-Günter Schultz in Düsseldorf, OPD.

Amtsvorsteherstellen:

OPDir Hans-Rainer Epstein von Bonn, BPM, in Hamburg, PSA; Dipl.-Ing. Franz Josef Thombansen von Münster, Westfalen, OPD, in Münster, Westfalen, FA; Dipl.-Ing. Heinrich Wittenmeier von Köln, OPD, in Köln, FA 1; OPDir Dipl.-Ing. Hubertus Finck, Düsseldorf, FA 1; Dipl.-Ing. Gustav Kufert von Frankfurt am Main, TA, in Frankfurt am Main, FA 4.

Ltd OPDir Dipl.-Ing. Claus-Peter Spengler von Darmstadt, FTZ, in Hamburg, FA 4;

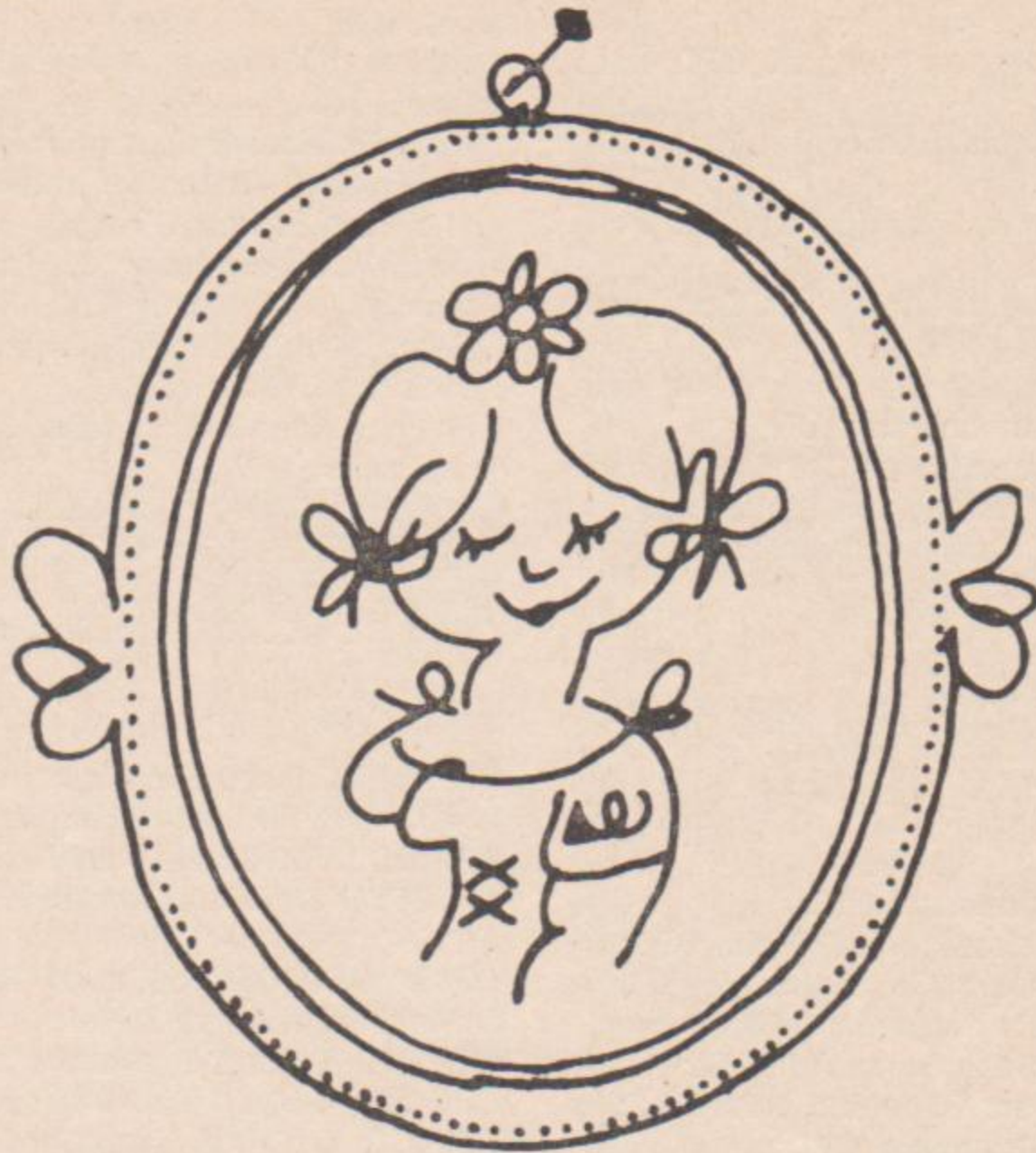
OPDir Dr. Werner Baden von Hamburg 1 in Hamburg 3, Dipl.-Ing. Wilhelm Hörber von Schwäbisch Hall, FA, in Heilbronn, Neckar, Fa, Dr. Hans-Joachim Krüger von Düsseldorf 2 in Düsseldorf 1, Dipl.-Ing. Helmut Lorenz von Frankfurt am Main, Fa 1, in Frankfurt am Main, TA; OPDir Dr. Ernst-Günter Hofmann von Hamburg, OPD, in Hamburg 1, Dipl.-Ing. Ulrich Schaumann von Darmstadt, FTZ, in Schwäbisch Hall, FA.

Versetzungen:

OPDir Dipl.-Ing. Norbert Gawron von Düsseldorf, FA 2, nach Düsseldorf, OPD;

OPDir Franz Joseph Goebbels von Hannover, OPD, nach Bonn, BPM;

(Fortsetzung auf Seite 16)



Heute ist das Fräulein vom Amt schon Postgeschichte.

Jahrzehntelang war sie der gute Engel in der Amtstechnik.
Mit Witz, Charme und viel Geduld vermittelte sie die
Telefongespräche. Tagaus, tagein.

Keiner konnte sich ein Leben ohne das Fräulein vom Amt vorstellen.

Bis dann der Tag kam, als ihr die Arbeit über den Kopf wuchs.
Weil immer mehr telefoniert wurde. Hilfe tat not.
Die Post sprach auch mit SEL. Man überlegte und fand die Lösung:
vollautomatische Gesprächsvermittlung. Und das Fräulein vom Amt?
Die bekam natürlich eine neue Arbeit bei der Post. Sie wissen ja,
tüchtige Mitarbeiter kann man nie genug haben.

Heute vermittelt die Deutsche Bundespost über 12 Milliarden
Telefongespräche jährlich (und davon vollautomatisch ins Ausland
über 93%, im Inland sogar mehr als 99%). Ein stolzer Erfolg.
Für die Deutsche Bundespost und auch für uns.

Im weltweiten **ITT** Firmenverband



(Fortsetzung von Seite 14)

Dipl.-Ing. Wolfgang *Schiele* von Stuttgart, OPD, nach Stuttgart, FA 1;
Ltd OPDir Dipl.-Ing. Gottfried *Fischer* von Essen, FA, nach Berlin, LPD;
OPDir Johann *Paffen* von Düsseldorf, OPD, nach Braunschweig, OPD;
OPDir Dipl.-Ing. Hans-Jürgen *Langer* von Dortmund, FA 1, nach Münster, Westf., OPD;
MinR Dipl.-Ing. Hans *Schmidt* von Bonn, BPM, nach Köln, OPD, unter Umbenennung zum APr;
OPDir Karl *Keupp* von Frankfurt am Main, OPD, nach Darmstadt, PTZ, Georg *Tillmann* von Bielefeld, FA 1, nach Stuttgart, OPD, Dr. Hans *Vogt* von Freiburg im Breisgau, OPD, nach Berlin, LPD.

Einstweiliger Ruhestand:

MinDir Gerhard *Dürig*; Dr. Hermann *Naab* in Bonn, BPM.

Ruhestand:

APr Günther *Gaede* in Darmstadt, PTZ;
OPDir Richard *Bausch* in Frankfurt am Main, OPD;
Hermann *Wagner* in Hamburg, OPD;
Pr Dipl.-Ing. Max *Gertler* in Tübingen, OPD;
APr Dipl.-Ing. Heinz *Zierold* in Darmstadt, FTZ;
Ltd OPDir Dipl.-Ing. Herbert *Knittel* in Berlin, FA 2;
OPDir Günther *Govers* in Hamburg, OPD;
Dipl.-Ing. Walter *Hüttner* in München, FA 5;
Dr. Ludwig *Kern* in Stuttgart, OPD;
Dipl.-Ing. Walter *Proelß* in München, TA;
Dr. Kaspar *Schäferhoff* in Dortmund, OPD;
OPR Johannes *Weissenburger* in Essen 1;
MinDir Josef *Distel* in Bonn, BPM;
VPr Dipl.-Ing. Gerhard *Große* in Braunschweig, OPD;
MinR Dr. Alfred *Malotki* in Bonn, BPM;
APr Dipl.-Ing. Lothar *Fechner* in Berlin, BDr, Ulrich *Höfig* in Darmstadt, PTZ;
Ltd OPDir Dipl.-Ing. Gerhard *Brandt* in Hamburg, FA 4, Dipl.-Ing. Erich *Frommer* in Darmstadt, FTZ;
OPDir Berthold *Melchior* in Osnabrück, Dr. Herbert *Schmitz* in Stuttgart, SAP, Rupert *Schuberth* in München, FZA;
APr Dipl.-Ing. Walter *Schebitz* in Berlin, LPD;
Ltd OPDir Philipp *Heinz* in Hamburg 2, Dr. Horst *Thiele*

in Darmstadt, PTZ, Dipl.-Ing. Hans *Lindner* in Nürnberg, OPD;
OPDir Gottfried *Brix* in Darmstadt, PTZ, Emil *Heinze* in Kiel, OPD;
MinDir Dr. Hans *Baumann* in Bonn, BPM;
APr Dipl.-Ing. Walter *Ruf* in Köln, OPD;
Ltd OPDir Richard *Francke* in Düsseldorf 1, Heinz *Helmholtz* in Hamburg 3, Heinrich *Fungfermann* in Frankfurt am Main, OPD, Dipl.-Ing. Hans-Walter *Seufert* in Stuttgart, FA 1, Dipl.-Ing. Hans *Wolfenstetter* in München, FA 3;
APr Erich *Buch* in Karlsruhe, OPD, Dr. Rudolf *Fischer* in München, OPD;
Ltd OPDir Dipl.-Ing. Gottwald *Kopf* in Frankfurt am Main, OPD, Dipl.-Ing. Otto *Schütte* in Darmstadt, FTZ;
OPR Karl Andreas *Mayer* in Böblingen;
OPDir Dr. phil. Heinrich *Graziadei* in Darmstadt, FTZ.

Sterbefälle:

PBR a. D. Eduard *Haertinger* in Augsburg;
MinDir a. D. Ferdinand *Zaubitzer* in Hildesheim;
APr a. D. Prof. Dr. Dr. Kurt *Timm* in Darmstadt 2;
Ltd OPDir Dipl.-Ing. Herbert *Heering* in Saarbrücken, FA;
OPDir a. D. Richard *Bausch* in Frankfurt (Main) 50;
Dr.-Ing. Josef *Kraus* in Hof;
OPR a. D. Eckardt *Graffunder* in Dortmund.
OPDir Dipl.-Ing. Johannes *Voß* in Düsseldorf, OPD;
APr a. D. Dipl.-Ing. Hans *Gerds* in Berlin 37;
OPR a. D. Bruno *Frank* in Celle;
VPr a. D. Gerhard *Quittek* in Münster, Westfalen;
OPR a. D. Emil *Pliska* in Hannover 1;
PR a. D. Ewald *Winzer* in Hamburg 13;
PR a. D. Dipl.-Ing. Johannes *Wosnik* in Düsseldorf 1;
OPDir Dr. Bruno *Vogt* in Hamburg, OPD;
OPR a. D. Erich *Pappritz* in Planegg;
Pr a. D. Dr.-Ing. habil. Gottfried *Lowag* in Regensburg;
VPr a. D. Dipl.-Ing. Johann *Bauer* in München 70, Werner *Zschieche* in Münster, Westf.;
APr a. D. Georg *Lindemann* in München 40;
Ltd OPDir Dr. Adalbert *Hoehn* in Darmstadt, PTZ, OPDir a. D. Herman *Metz* in Köln 60;
OPR a. D. Adolf *Brune* in Köln 41, Georg *Xanke* in MinRat a. D. Dr. Paul *Harbig* in Bonn; Münster, Westf., Erich *Grützner* in Bonn, Dipl.-Ing. Kurt *Schmidt-Semisch* in Hannover 1.

Postgeschichtliche Erinnerungen

Von OPDir a. D. Dr. Wilhelm Tapfer †

Vorbemerkung: Mit diesem Nachdruck soll den heutigen Mitgliedern der Vereinigung aufgezeigt werden, daß viele der z. Z. anstehenden Laufbahnprobleme ihre Parallelen in früheren Zeiten hatten, daß ihre Lösung aber nur durch die aufopferungsvolle, manchmal auch mit persönlichen Nachteilen verbundene Verbandsarbeit der gewählten Vertreter möglich war.

I. Die alte höhere Post- und Telegraphenlaufbahn

Die Wurzeln der heutigen Vereinigung der höheren Postbeamten reichen bis in den postgeschichtlichen Boden, den unser Generalpostmeister von *Stephan* bereits „beackert“ hat. Daher ist zum Verständnis der gesamten Entwicklung die Kenntnis des damaligen

Personalwesens, der Personalpolitik und der Fortentwicklung der alten höheren Laufbahn, welche ziemlich unverändert 30 Jahre lang die Grundlage dafür gebildet hat, unerlässlich.

Nachdem *Stephan* 1870 Generalpostdirektor des Norddeutschen Bundes geworden war, erließ er das „Reglement über die Annahme und Ausbildung von Zivil- und Militäranwärtern im Postdienst“

vom 23. Mai 1871. Dieses Reglement wurde nach der Übernahme der Telegraphenverwaltung auch auf diesen Dienstzweig ausgedehnt.

Hiernach traten alle Anwärter der höheren Laufbahn nach Ablegung der Reifeprüfung unmittelbar von der Schule in den Postdienst als *Posteleven* ein. Sie wurden im praktischen Post- und Telegraphendienst

ausgebildet und nach Beendigung der Ausbildung weiter voll in diesen Dienstzweigen eingesetzt. Nach 3 Jahren konnte die erste (Sekretär-) Prüfung abgelegt werden, worauf die Ernennung zum *Postpraktikanten* und später die planmäßige Anstellung zum *Postsekretär* – also als mittlerer Beamter – ausgesprochen wurde. Nach der ersten Prüfung konnte sich der Beamte entscheiden, ob er sich vorzugsweise dem eigentlichen Postdienst oder dem Telegraphen- (jetzt Fernmelde-) Dienst widmen wollte. Danach richtete sich dann auch die weitere Ausbildung und Beschäftigung.

Die 1882 zu einer „*Höheren Verwaltungsprüfung für Post und Telegraphie*“ umgestaltete Prüfung konnte frühestens 3 Jahre nach bestandener erster Prüfung abgelegt werden, und zwar entweder schwerpunktmäßig für den Post- oder den Telegraphendienst. Es waren drei häusliche Arbeiten anzufertigen: Eine verkehrswissenschaftliche, eine juristische (Darstellung aus geschlossenen Akten) und die Erledigung eines praktischen Auftrags (Revision eines Postamtes, Personalbemessung, Zustelldienst oder telegraphentechnische Aufgaben, z. B. Umwandlung eines oberirdischen Liniennetzes in ein unterirdisches [Kabel], Einrichtung eines größeren Amtes, usw.). Nach befriedigendem Ergebnis dieser Arbeiten fand die mündliche Prüfung vor dem Prüfungsrat der *RPA* statt, wobei auch ein mündlicher Vortrag gehalten werden mußte. Der Umfang des Wissens in dieser schwierigen und vielseitigen Prüfung entsprach den Anforderungen, die andere Verwaltungen an die Anwärter für ihren höheren Dienst stellten. Diese Auffassung bestätigte u. a. auch der damalige Vortragende Rat im *RPA*, Exzellenz Dr. Otto Dambach, der verschiedenen Prüfungsräten als Mitglied angehörte und daher einen zutreffenden Vergleich ziehen konnte.

Die Gründung des Deutschen Reiches (1871) und die dadurch geförderte schnellere Entwicklung des deutschen Post-, Telegraphen- sowie Fernsprechwesens stellte ständig wachsende Anforderungen an seine höheren Beamten. Stephan richtete daher 1885 in Berlin eine *Postakademie* ein, die sich bescheiden Post- und Telegraphenschule nannte. Ihr Lehrkörper setzte sich aus hervorragenden Fachleuten und wissenschaftlich bedeutenden Lehrkräften zusammen. Der Lehrplan umfaßte neben den eigentlichen postalischen und fernmeldetechnischen Fächern auch Staatsrecht, Verwaltungsrecht und bürgerliches Recht, Volkswirtschaftslehre, Finanzwirtschaft, Handelsgeographie und die Hilfswissenschaften des Fernmeldewesens (Mathematik, Physik, Chemie usw.).

Es wurden zunächst alljährlich je 60, später je 100 Teilnehmer zu zwei Halbjahreskursen (Oktober – März) einberufen, und zwar unter Fortzahlung ihrer bisherigen Bezüge. Erst wenn die nach Schluß der Lehrgänge angefertigte Klausurarbeit befriedigte, konnten die Bewerber zur höheren Verwaltungsprüfung zugelassen werden. Ähnliche Kurse bestanden bei der französischen und belgischen Postverwaltung in Paris und Brüssel. An diesen Kursen konnten auch einige deutsche Postbeamte im Austausch teilnehmen.

Da nur ein Teil der Anwärter der höheren Laufbahn an den Lehrgängen unserer Postakademie teilnehmen konnte, waren die übrigen auf das Selbststudium angewiesen und mußten eine oder gar mehrere häus-

liche Vorarbeiten anfertigen, ehe die Zulassung zur höheren Verwaltungsprüfung erfolgte.

Auch sonst war die Reichspost bemüht, die Weiterbildung ihrer höheren Beamten zu fördern und sie mit den Fortschritten der Wissenschaften auf dem laufenden zu halten. Die im eigentlichen Postverwaltungsdienst tätigen Beamten konnten so durch Teilnahme an den von Zeit zu Zeit stattfindenden „*Staatswissenschaftlichen Fortbildungskursen für höhere Verwaltungsbeamte*“ ihren Gesichtskreis erweitern.

Die Fortschritte der Elektrotechnik und der verwandten Gebiete wurden den höheren Telegraphenbeamten zunächst in Lehrgängen beim „*Telegraphen-ingeniörbüro*“ vermittelt, aus dem sich das „*Telegraphenversuchsam*“ und später das „*Telegraphentechnische Reichsam*“ in Berlin-Tempelhof entwickelte.

Eine besondere Fortbildung erhielten die Beamten des fernmeldetechnischen Dienstes. Erforderte doch die 1891 gelungene Übertragung hochgespannter Wechselströme von unseren Beamten auch genauere Kenntnisse auf dem gesamten Gebiet der Starkstromtechnik. Hinzu kamen die sich schnell folgenden Neuerungen in den Bereichen der Kabellegung, der Maschinentelegraphen, der Fernsprech-Vielfachumschalter, der Selbstwähler u. a. m. 1904 wurde daher ein Lehrgang für alle die Gebiete der Elektrotechnik geschaffen, die auf den Technischen Hochschulen in der Prüfung zum Diplomingenieur verlangt wurden. Die Auswahl der Teilnehmer hierfür war streng; u. a. mußte auch Differential- und Integralrechnung beherrscht werden.

Die Fortschritte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens führten naturgemäß zu einem größeren Bedarf an höheren technischen Beamten, so daß ihre Beförderungsverhältnisse sich zeitweilig etwas günstiger gestalteten als im eigentlichen Postverwaltungsdienst.

Eine strenge Handhabung der Auslese und Prüfung sorgte dafür, daß nur Beamte in den eigentlichen höheren Dienst gelangten, die in allen Zweigen der Verwaltung und des Betriebes verwendbar waren. Nur mit einem solchen Beamtenkörper konnte Stephan in der Folgezeit den umfangreichen Ausbau seiner Verwaltung so erfolgreich durchführen, daß diese Weltruhm erlangte.

Die höheren Beamten blieben auch nach dem Bestehen der Staatsprüfung zunächst weiter im mittleren Dienst als Bürobeamte erster Klasse bei den Oberpostdirektionen (Oberpostdirektionssekretäre) und wurden dann als Postkassierer (Ortsaufsichtsbeamte) auf den Verkehrsämtern beschäftigt. Besonders Befähigte fanden danach zunächst als Postinspektoren im Bezirksaufsichtsdienst Verwendung und gelangten nach Bewährung in den eigentlichen höheren Dienst als Posträte oder Postdirektoren größerer Ämter. Diejenigen Kassierer oder Inspektoren, die sich für den reinen Verwaltungsdienst nicht eigneten, übernahmen als Postdirektoren die Leitung kleinerer Ämter. Es gab seiner Zeit drei Direktorengruppen mit abgestuften Gehaltsklassen. Ein Teil der Inspektoren wurde auch vorübergehend als Geheime expedierende Sekretäre im *RPA* beschäftigt. Die Stellung als Postrat oder Post-(Telegraphen-)Direktor war damals im allgemeinen die Endstellung. Nur besonders befähigte und bewährte Beamte wurden zu Oberposträten und Oberpostdirektoren (Leiter von Oberpostdirektionen) und in

die Stellung im RPA als Vortragender Rat, Direktor im RPA und Staatssekretär im Wege der Auslese befördert.

II. Die Entwicklung um die Jahrhundertwende

Es bleibt unerklärlich, weshalb die im In- und Ausland wegen ihrer vorbildlichen Betriebsleistungen hoch geschätzte Deutsche Reichspost, noch dazu unter Leitung des geistvollen Stephan – Schöpfers des Weltpostvereins – in der *Personalpolitik* so völlig versagen konnte, daß die davon betroffenen Beamtengruppen – Assistenten und höhere Beamte – schließlich zur Selbsthilfe schreiten mußten.

Es ist an sich selbstverständlich, daß eine Verwaltung, die bei der Annahme von Bewerbern den „*numerus clausus*“ eingeführt hat, lediglich nach dem Grundsatz des *Bedarfs* verfahren kann und muß. Es durften daher alljährlich nur so viele Bewerber für den höheren Dienst angenommen werden wie *Endstellen* der höheren Laufbahn frei wurden, im Jahrzehnt 1888 bis 1897 also rund 575 Posteleven. Tatsächlich wurden aber 2789 Posteleven in diesem Zeitraum eingestellt. Da nur 446 (16 v. H.) Posteleven die höhere Verwaltungsprüfung nicht ablegten, wurde der wirkliche Bedarf für zehn Jahre um 1768 *Posteleven* (307,5 v. H.) überschritten. Offenbar bemaß die Reichspost die Zahl der anzunehmenden Posteleven nach der Zahl der frei werdenden Sekretärstellen, die doch lediglich *Durchgangsstellen* für die höhere Laufbahn sein sollten.

Durch diese übergroße Zahl von Anwärtern für den höheren Dienst mußten sich die Aussichten, in einem angemessenen Lebensalter in leitende Stellen einzurücken, immer mehr verschlechtern.

Ein Beamter des Prüfungsjahres 1880 – damals 29 Jahre alt – wurde z. B. noch mit 32 Jahren Kassierer, mit 33 Jahren Inspektor (Bezirksaufsichtsbeamter), mit 36 Jahren Direktor oder mit 40 Jahren Postrat. Wer aber die Verwaltungsprüfung im Jahr 1907 ebenfalls mit 29 Jahren bestand, hätte erst mit 46 Jahren Inspektor (früher Kassierer) und mit 63 Jahren Bezirksaufsichtsbeamter oder Direktor – also kurz vor der Altersgrenze – werden können!

Die erste Vorbedingung für normale Beförderungsverhältnisse, daß nicht zuviel Bewerber angenommen werden, war also für die *höhere Postlaufbahn* nicht eingehalten worden. Diese ungünstige Sachlage hatte sich noch dadurch verschlechtert, daß das Verhältnis zwischen End- und Durchgangsstellen nicht angemessen war.

Allgemeiner Grundsatz ist, daß der Durchschnittsbeamte in eine Endstelle seiner Laufbahn in einem Lebensalter aufrückt, das ihm gestattet, das Höchstgehalt in dieser Endstelle noch einige Jahre zu genießen. Hiernach muß die Zahl der Endstellen eigentlich *höher* sein, sie darf aber *niemals geringer* als die Zahl der Durchgangsstellen sein, sonst ist ein Stocken in der Laufbahn unvermeidlich.

Tatsächlich hat sich aber das Verhältnis zwischen den End- und den Durchgangsstellen von 1886 ab in steigender Verschlechterung zuungunsten der Endstellen verschoben. Während dieses Verhältnis früher etwa 1:1 betrug, kamen im Jahre 1903 schließlich 1013 Endstellen auf 1800 Durchgangsstellen, das bedeutet:

der frühere Stand von etwa 1:1 sank auf 1:1,77, also fast auf 1:2.

Recht empfindliche *geldliche Einbußen* verursachte endlich für die Mehrzahl der höheren Postbeamten vom Prüfungsjahr 1892 ab die Einführung der *Preussischen Dienstaltersstufen* im Jahre 1895. Vorher erfolgte die Gehaltsregelung in der Weise, daß die für eine Beamtenklasse erforderlichen Mittel durch Vervielfältigung der Planstellen mit dem *Durchschnittsgehalt* der betreffenden Klasse errechnet wurden. Für die höheren Postbeamten entstand daraus der Vorteil, daß sie in allen Durchgangsstellen ziemlich schnell im Gehalt aufrücken konnten, weil sich bei den früheren *besseren* Beförderungsverhältnissen kein großer Bestand älterer Beamten ansammelte. Bereits drei bis vier Jahre nach der Staatsprüfung erhielt der höhere Postbeamte ein Jahresgehalt von 3000 Mark.

Beim Dienstaltersstufen-System erfolgte das Aufrücken im Gehalt indessen lediglich nach dem Dienstalter in festen Stufen alle 3 Jahre ohne Rücksicht auf den Haushalt, Stellenerledigungen usw.

Die Einführung der Dienstaltersstufen in Verbindung mit der Verschlechterung der Beförderungsverhältnisse hat für die höhere Postbeamenschaft empfindliche Gehaltseinbußen zur Folge gehabt. Es ist berechnet worden, daß die Beamten der Prüfungsjahrgänge 1892/1902 in der Zeit von der Einführung der Dienstaltersstufen (1895) bis 1903 insgesamt rund 4,7 Millionen Mark weniger erhalten haben, als in dem gleichen Zeitraum (9 Jahre) an ihre älteren Amtsgenossen gezahlt worden sind. Daraus hätten sich z. B. beim Vergleich der Prüfungsjahrgänge 1881 und 1905 in 30 Jahren Gehaltsminderungen von jährlich über 1200 Mark für den einzelnen Beamten ergeben.

Diese Folgen einer kurzsichtigen, verfehlten Personalpolitik mußten erklärlicherweise in der jüngeren höheren Postbeamenschaft Unmut und Hoffnungslosigkeit erwecken, verringerten sich doch ihre Aussichten, in einem angemessenen Lebensalter in selbständige, leitende Stellen einzurücken, von Jahr zu Jahr immer mehr.

Völlig unhaltbar wurden diese Verhältnisse aber, als das „*Goldene Amtsblatt*“ – so genannt wegen seiner goldenen Umrandung aus Anlaß der Jahrhundertwende – vom 1. Januar 1900 die Beamtenverhältnisse neu regelte. Anlaß dazu war, daß sich die Lage der Assistentenklasse schon seit langem immer aussichtsloser gestaltete und daher auch zur Gründung des „*Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten*“ geführt hatte. Der Nachfolger des 1897 verstorbenen Staatssekretärs v. *Stephan*, Generalleutnant a. D. v. *Podbielski*, erfüllte nun nicht nur die Forderungen der Assistenten nach Zulassung zur Sekretärprüfung, sondern öffnete ihnen auch die bisherigen Durchgangsstellen der höheren Laufbahn (Sekretäre, Kassierer, Buchhalter usw. bis zu den Geheimen expedierenden Sekretären im RPA).

Unbegreiflicherweise machte die Neuregelung aber vor den ebenso berechtigten Wünschen der jüngeren höheren Beamten halt. Nach dem Erlaß blieb die Laufbahn der Posteleven „unverändert“. Diese Unterlassung traf die an sich schon durch die beispiellos verschlechterten Beförderungsverhältnisse ihrer Laufbahn verbitterte jüngere höhere Beamenschaft wie ein Schlag ins Gesicht.

Da es den höheren Beamten damals als „nicht standesgemäß“ verwehrt war, sich zur Vertretung ihrer Interessen offen zusammenzuschließen oder

Gesamteingaben zu verfassen, blieb nur die „geheime“ Flucht in die Öffentlichkeit.

Der damalige Oberpostdirektionssekretär Sensfuß, ein aufrechter Ostpreuße, brachte den Mut auf, bereits am 9. Januar 1900 von Münster (Westfalen) aus Rundschreiben an bekannte Amtsgenossen zu schicken mit der Aufforderung, zu der niederschmetternden Lage Stellung zu nehmen und Vorschläge zu ihrer Beseitigung zu machen. Obwohl Sensfuß als „Rädelführer“ inzwischen vom RPA scharf zurechtgewiesen worden war, brannte die Fackel der Bewegung allenthalben weiter. So fanden in Berlin unter Beteiligung von Nachbarbezirken Besprechungen statt. Es wurde beschlossen, in einer Denkschrift die verfahrenere Lage zu schildern und Vorschläge zu ihrer Besserung zu machen. Die „Denkschrift über die Lage der höheren Postlaufbahn nach Einführung der Personalreform“ konnte bereits im Januar 1900 der Öffentlichkeit übergeben werden. Auf Vorschlag von *Hans Bergs* forderte dieses „graue Heft“ die Verleihung des Titels „*Postassessor*“ nach Ablegung der Staatsprüfung und damit die Anerkennung der Betreffenden als Beamte des höheren Dienstes.

Im RPA konnte man sich der Durchschlagskraft der Denkschriftausführungen nicht entziehen. Bereits im Februar 1900 wurde dort eine Besprechung angesetzt, die sich ausschließlich mit der *Denkschrift* und ihrer Forderung nach Scheidung der höheren von der mittleren Laufbahn – auch bereits für die Übergangszeit – beschäftigte.

Zwar stieß der „*Postassessor*“ bei der preußisch-deutschen Ministerialbürokratie auf unüberwindlichen Widerstand. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Amtsstellen kam es aber doch zu einem kleinen Zugeständnis. Unter dem 3. Februar 1902 führte eine Kaiserliche Verordnung die Amtsbezeichnung „*Oberpostpraktikant*“ neu ein. Der Sekretärtitel wurde für die Angehörigen der höheren Laufbahn durch Beibehaltung der Amtsbezeichnung *Postpraktikant* auch nach der planmäßigen Anstellung beseitigt. Nach dem Bestehen der Staatsprüfung wurde der *Postpraktikant* *Oberpostpraktikant*. Die Kassierer erhielten die Amtsbezeichnung *Post- oder Telegrapheninspektor*, die Bezirksaufsichtsbeamten wurden *Oberpostinspektoren*.

So war dank der von *Sensfuß* eingeleiteten „*Bewegung*“ der jüngeren höheren Postbeamten wenigstens in der Titel- und damit auch in der Rangfrage vorläufig das beseitigt worden, was zu allzu berechtigter Mißstimmung Anlaß gegeben hatte, wenn auch die nichtssagende und noch dazu unzutreffende Amtsbezeichnung „*Oberpostpraktikant*“, die erst gegen 1918 verschwand, keineswegs befriedigen konnte.

Allerdings waren mit dieser Änderung in der Titel- und Rangfrage noch keineswegs die überaus traurigen, immer länger sich ausdehnenden *Wartezeiten* und die daraus sich ergebenden unzureichenden Besoldungen beseitigt. Da regierungsseitig nichts Durchgreifendes geschah, um diese Notlage der jüngeren höheren Beamten zu steuern, mußten sich die höheren Beamten selbst weiterhelfen.

1902 war *Sensfuß*, von dem ja 1900 der erste Aufruf ergangen war, als *Postinspektor* nach Berlin versetzt worden, wo nun eine „*Zentrale*“ gegründet wurde, welche die Amtsgenossen im ganzen Reiche laufend durch Rundschreiben mit einschlägigen Nachrichten versah und sie dadurch zu einer zunächst ganz losen

Vereinigung zusammenschloß. Man einigte sich dahin, nochmals mit einer ausführlichen Darlegung der trostlosen Verhältnisse an die Öffentlichkeit zu treten. Anfang 1904 erschien das sogenannte „*grüne Heft*“ unter dem Titel „*Die Notlage der höheren Reichspostbeamten*“.

Auf 58 Druckseiten beleuchtete die Denkschrift in überzeugenden, sachlich gehaltenen Ausführungen die Notlage nach Ursache und Wirkung. Gestützt auf umfangreiche *statistische* Unterlagen forderte die Denkschrift im wesentlichen:

1. eine wirksame Vermehrung der Endstellen für höhere Postbeamte sowie die Schaffung einer neuen Klasse solcher Endstellen,
2. eine Umgestaltung der Dienstaltersstufen in Anpassung an die Eigenart der höheren Postlaufbahn.

Auch diese Denkschrift fand in der gesamten Öffentlichkeit willige Ohren. Sämtliche Ordnungsparteien des Reichstages traten nachdrücklich für die Belange der höheren Postbeamenschaft ein. Staatssekretär *Kraetke*, dem die undankbare Aufgabe zugefallen war, das, was durch das goldene Amtsblatt von 1900 und auch schon früher in der Postpersonalpolitik verbogen war, wieder grade zu richten, legte im Reichstag am 18. Februar 1904 den Standpunkt der Verwaltung zu der Denkschrift dar. Er gab zu, daß „die Verwaltung nicht so viele Posteleven hätte annehmen sollen“ und versicherte, „daß er mit allem Nachdruck dafür wirken würde, eine Verschlechterung ihrer Laufbahn gegen den jetzigen Stand möglichst vorzubeugen“.

Der Reichstag forderte die Vorlage einer Denkschrift über die Postpersonalverhältnisse, in der u. a. nachgewiesen werden sollte, wie sich die Beförderung für die höheren Beamten seit 1900 gestaltet und wie sich ihr Einkommen im Vergleich zu der früheren Besoldung nach dem Durchschnittsgehalt entwickelt hätte. Diese amtliche Denkschrift vom 7. Februar 1906 gab die sprunghaft fortgeschrittene Verschlechterung der Lage der höheren Postbeamten in Beförderung sowie Besoldung zu und bestätigte damit voll die Ausführungen des grünen Heftes.

Das RPA versuchte gemäß der Erklärung seines Staatssekretärs in den folgenden Jahren mit Nachdruck eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse seiner höheren Beamenschaft zu verhindern, stieß dabei aber wiederum auf den von Preußen geschürten Widerstand des Reichsschatzamtes. So erfolgten die Stellenvermehrungen und -verbesserungen nur tropfenweise und vermochten das Übel nicht wirksam zu beseitigen.

In der inzwischen erweiterten „*Zentrale*“ der *Bewegung* beschloß man daher zur nachdrücklichen Vertretung unserer Interessen, für die man die Tagespresse nur beschränkt in Angriff nehmen konnte, eine *eigene Zeitschrift* zu gründen, deren erste Nummer am 1. April 1905 im Verlage von Richard Dietze erschien. Sie trug anfangs noch den Titel „*Im Zeichen des Verkehrs*“. Dieser Titel mußte aber aufgegeben werden, weil eine andere Zeitschrift bereits diese Bezeichnung führte. Ihr Titel ist daher in „*Blätter für Post und Telegraphie*“ umgewandelt worden. Der erste Leitartikel bezeichnete die „*Erörterung aller Standesfragen und Förderung der Standesinteressen als eine der vornehmsten Aufgaben*“ der Zeitschrift. Sie brachte auch die Reichstagsverhandlungen über

den Posthaushalt im Wortlaut und in ihrem Abschnitt „Rechtsprechung“ laufend die für die Reichspost wichtigen Gerichtsentscheidungen.

In Nr. 11 der Blätter von 1905 gaben die Sensfußschen Tafeln über die *Alters- und Sterblichkeitsverhältnisse der höheren Postbeamten* einen wertvollen Beitrag zur wissenschaftlichen Behandlung von Besoldungsfragen. Zahlenmäßig wurde festgestellt, daß die jüngeren höheren Postbeamten gegenüber ihren früher eingetretenen Amtsgenossen besoldungsmäßig schlechter gestellt waren, um so mehr, als zudem die Kaufkraft des Geldes sich inzwischen vermindert hatte. Die Forderung der jüngeren höheren Beamenschaft nach Erhöhung ihrer Bezüge sei daher berechtigt und ihre Lage stelle eine wirkliche Notlage dar.

Bis zur Gründung der offenen Vereinigung mußte als Schriftleiter ein „Strohmann“ für die Blätter verantwortlich zeichnen. Später haben höhere Postbeamte die Schriftleitung übernommen: Adolf *Snell* und bis zum Schluß Hugo *Bachmann*, der in der regelmäßig erscheinenden Umschau jedesmal auch einen umfassenden Überblick über die Zeitereignisse gab. Die Rechtsprechung wurde von Dr. Dr. Raimund *Köhler* (später Direktor des Messeamtes in Leipzig) und bis zum Schluß von Dr. *Tapfer* bearbeitet.

Für die Angelegenheiten der Technik wurde später eine besondere Zeitschrift „*Telegraphen- und Fernsprechtechnik*“ abgezweigt, deren Schriftleitung zunächst der Geheime Oberposttrat Professor Dr. *Strecker* mit Fritz *Lüschen* und später Friedrich *Wolff* und *Schulz* übernahmen.

Selbstverständlich blieb eine solche namenlose Vereinigung, die mit ihren „Treugruß“-Rundschreiben die Amtsgenossen ständig auf dem laufenden hielt und durch die Blätter auch die Öffentlichkeit aufklärte, der Verwaltung auf die Dauer nicht verborgen. Wenn auch die Berechtigung der Forderungen ihrer Denkschriften nicht bestritten werden konnte, so waren doch die ständigen Kritiken an den unzulänglichen Maßnahmen der Regierung schließlich recht unbequem. Als Abwehrmaßnahmen versetzte man daher die bekannten Vorkämpfer der Bewegung – die Postinspektoren Hans *Bergs* und *Sensfuß* – plötzlich ohne Angabe von Gründen im Laufe des Jahres 1908 von Berlin in weit entlegene Orte. Diese Maßregelungen haben aber beiden schließlich nicht weiter geschadet. Hans *Bergs* wurde später Präsident der Oberpostdirektion Leipzig und *Sensfuß* erhielt die Oberpostdirektion Königsberg in seiner Heimat.

Wenn man aber damals glaubte, mit der Entfernung der „Rädelsführer“ aus Berlin der Bewegung den Kopf abgeschlagen zu haben, so irrte man sich. Aus dem Nachwuchs, der ja noch mehr als die Älteren die ganze Härte einer verfehlten Personalpolitik als „ewige Oberpostpraktikanten“ zu spüren bekam, war eine entschlossene Führerschaft entstanden, welche die Arbeit für unsere Standesbelange folgerichtig fortsetzte. Unter Leitung von Fritz *Lüschen* (später Direktor des *Werner-Werkes von Siemens*) ergänzte sich die Zentrale durch Otto *Arendt* (später Ministerialdirektor), Dr. Franz *Braun*, Oberpostdirektor *Doench* und Dr. *Tapfer*. Letzterer übernahm an Stelle von *Hibben* die wichtigen, schließlich auch erfolgreichen Verhandlungen mit den Reichstagsabgeordneten.

Da die Mißstände auf besoldungspolitischem Gebiet fortbestanden, sah sich die inzwischen weiter ge-

festigte Vereinigung genötigt, ein drittes Mal an die Öffentlichkeit mit einer Denkschrift heranzutreten. Die hauptsächlich von Fritz *Lüschen* entworfene „gelbe Denkschrift“ trug den Titel: „*Über die Verschlechterung der Beförderungsverhältnisse der höheren Post- und Telegraphenbeamten und die daraus entspringenden Besoldungsnachteile.*“ Sie bildete eine Ergänzung zu der amtlichen Denkschrift der Verwaltung vom 10. Mai 1912 und legte noch einmal die unverändert gebliebenen trostlosen Besoldungs- und Beförderungsverhältnisse eingehend dar.

Bei der Schaffung der Besoldungsordnung von 1909 war man sich darüber einig gewesen, daß das Höchstgehalt spätestens Mitte der 50er Jahre erreicht wird, damit die Beamten im Durchschnitt wenigstens noch einige Jahre dieses Höchstgehalt beziehen können. Dagegen hatte nach der Denkschrift aber über die Hälfte der damaligen Oberpraktikanten unter den gegebenen Verhältnissen *keine* Aussicht, je das Endgehalt von 7200 Mark zu erreichen!

Die Denkschrift forderte daher: Überführung der Oberpostpraktikanten in die Gehaltsklasse der Inspektoren, der Inspektoren in die der Oberinspektoren und der Oberinspektoren und der Direktoren in die Gehaltsklasse von 3000 bis 7200 Mark. Damit tauchte in der Denkschrift 1913 der namentlich vom Verfasser (Dr. *Tapfer*) ständig und nachdrücklich vertretene Gedanke auf, daß es zur Gleichstellung der höheren Postbeamten mit den übrigen Beamten nur ein *durchgreifendes* Mittel gäbe, nämlich eine *einheitliche Gehaltsstaffel mit einem Endgehalt von 7200 Mark*. Diese Forderung bildete fortan den Eckstein für die Wünsche der Vereinigung in ihrer damals noch loseren Form des Zusammenschlusses.

Am 10. Januar 1914 wurde dem Reichstag ein von der übergroßen Mehrheit der höheren Postbeamten unterschriebenes Gesuch (Petition) Dr. *Braun* und Genossen vorgelegt, in welchem eine Vermehrung der Endstellen und um Einführung einer *durchlaufenden Besoldungsstaffel*, wie sie bei den höheren Beamten der anderen Verwaltungen bereits bestünde, gebeten wurde.

III. Die Zeit der Weimarer Republik

Nach dem Umbruch 1918 umfaßte die „*Vereinigung der höheren Reichspost- und Telegraphenbeamten*“, wie sie sich nun offen nannte, fast sämtliche rund 2700 höheren Postbeamten, darunter auch die Mitglieder des *RPA*. Von letzteren zeigte besonders der Staatssekretär *Teucke* besonderes Interesse für die Vereinigung und ihre Bestrebungen im Reichsbund höherer Beamten.

Im April 1918 unterbreitete die Vereinigung nochmals eine Denkschrift mit dem Titel „*Wünsche der Vereinigung höherer Post- und Telegraphenbeamter*“ der Öffentlichkeit, in der erneut die durchgehende Gehaltsstaffel vorgeschlagen wurde.

Der gemeinsame Beförderungs- und Besoldungsnotstand hatte seinerzeit die jüngeren höheren Postbeamten so fest zusammengeschmiedet, daß die 1918 gebildete offene Vereinigung, der ja fast alle höheren Beamten angehörten, zunächst keiner förmlichen Satzung bedurfte und gleichwohl in der Lage war, die nach dem Umbruch auf sie einstürmenden Aufgaben zu meistern. Der Hauptvorstand in Berlin hatte anfangs weitgehende Vollmacht. Durch häufige Rund-

schreiben unterrichtete er die Bezirksgruppen über die jeweilige Lage und erhielt von dort Anfragen, Anregungen und auch die nötigen Mittel, um seine Aufgaben durchführen zu können.

Die erst später geschaffene Satzung sah vor:

den *Hauptvorstand* in Berlin,

den *Hauptausschuß* und

den alljährlich stattfindenden *Vertretertag*, in den die Bezirksgruppen entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder einen oder mehrere Vertreter entsandten. Die Schriftleiter der „Telegraphen- und Fernsprechtechnik“ sowie der Bearbeiter der Rangliste nahmen jedesmal am Vertretertag als Gäste teil.

Der Vertretertag war das höchste Organ der Vereinigung. Er bestimmte die Richtlinien der Beamtenpolitik, setzte den Haushalt fest und wählte die Mitglieder des Hauptvorstandes und des Hauptausschusses.

Der Hauptvorstand und seine Mitglieder hatten ihren Sitz in Berlin. Er bestand aus dem ersten und zweiten Vorsitz, dem Schatzmeister, dem Schriftführer und einer Anzahl Beisitzer. Nachdem der Verfasser den 1. Vorsitz – aber unter Beibehaltung des zweiten Vorsitzes im Reichsbund höherer Beamter – niedergelegt hatte, leitete Oberpostdirektor *Doench* die Vereinigung. Schatzmeister war Hermann *Boedke* und Schriftführer Hermann *Wagner*.

Die Mitglieder des Hauptausschusses waren über das ganze Reich zerstreut. Jedem Mitglied waren bestimmte Nachbarbezirke zugewiesen, die es zu betreuen hatte. Zur Entscheidung besonders wichtiger Fragen tagten Hauptvorstand und Hauptausschuß gemeinsam.

Die *Bezirksgruppe* umfaßte den Bereich einer Oberpostdirektion. Auch das Reichspostministerium bildete später eine besondere Bezirksgruppe. Jede Bezirksgruppe regelte ihre eigenen Angelegenheiten selbständig im Rahmen der Satzung, zog die Beiträge von ihren Mitgliedern ein und rechnete mit dem Schatzmeister in Berlin ab. In einigen Bezirken (z. B. in Berlin) waren in den monatlichen Beiträgen auch die Kosten für die Rangliste enthalten.

Aber erst nach der Staatsumwälzung im Jahre 1919 setzte sich die Grundforderung der höheren Postbeamten schließlich durch. Wie die Zeitschrift für das Post- und Fernmeldewesen vom 24. Mai 1951 auf Seite 358 berichtet, hatte der damalige Oberpostinspektor Dr. *Tapfer* als Vorsitz der Vereinigung der höheren Postbeamten für diesen Zweck bereits vor Jahren einen Initiativ-Geszentwurf nebst Begründung ausgearbeitet und seitdem mit den Abgeordneten aller Parteien, insbesondere *Hubrich* (zugleich Generalsekretär des Verbandes der deutschen Post- und Telegraphenassistenten), *Beck* (Heidelberg), *Giesberts*, *Nacken*, *Erzberger*, Dr. *Oertel* und *Ebert*, besprochen mit dem Erfolg, daß der Reichstag unsere Initiativ-Vorlage bereits 1917 und 1918 angenommen hatte. Sie war aber damals am Widerstand des Bundesrats gescheitert. Erst nach dem Umsturz gelang es dem tatkräftigen Eingreifen des nunmehrigen *Postministers Giesberts*, dem wir sogleich bei der Übernahme seines Amtes erneut unsere langjährigen Forderungen vorgetragen hatten, alle Widerstände zu überwinden.

Am 8. August 1919 nahm die Verfassungsgebende Weimarer Nationalversammlung den Initiativ-Gesetz-

entwurf („kleine Besoldungsreform“) sogleich in allen drei Lesungen einstimmig als 6. Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 endgültig an. Am 5. Juli hatte bereits der Staatenausschuß, der an die Stelle des Bundesrats getreten war, dem Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilt.

Damit erreichten die höheren Postbeamten endlich nach fast zwanzigjährigen Kämpfen für alle Amtsgenossen unabhängig von jeweiligen Beförderungen die durchlaufende Gehaltsstaffel bis 7200 Mark (und somit die Gleichstellung mit den anderen höheren Beamten).

Dieses schwer erkämpfte Ergebnis war vor allem dem Wagemut einiger beherzter Vorkämpfer und dem einmütigen und zähen Zusammenhalten der übrigen Amtsgenossen zu danken.

Der gewaltige Umbruch nach dem Verlust des ersten Weltkrieges schloß nicht nur die höheren Postbeamten zu einer festen Vereinigung zusammen, er veranlaßte auch den Zusammenschluß der übrigen Postverbände zu einer *Reichsarbeitsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten*.

Nach Post-Amtsblatt Vf. v. 11. März 1919 sollte diese Reichsarbeitsgemeinschaft als Vertreterin des weit- aus größten Teils der Beamtenschaft als *Beamtenbeirat* zur Begutachtung von wichtigeren Beamtenfragen herangezogen werden. Außer unserer Vereinigung gehörten ihr auch die Verbände der mittleren, der unteren und auch der weiblichen Postbeamten an. Von unserer Vereinigung waren laut Amtsblatt seinerzeit Mitglieder des Beamtenbeirats:

Oberpostinspektor Dr. *Tapfer*,
Postdirektor *Dankwort*,
Oberpostinspektor *Rotscheidt* und
Postinspektor Dr. *Braun*.

Das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und Beamtenbeirat hat in jenen schwierigen Zeiten viel zur Beruhigung der gesamten Postbeamtenschaft beigetragen und half auch über die Krise des Kapp-Putsches hinweg.

Da der Vorsitz im Beamtenbeirat alljährlich unter den Verbänden wechselte und im Jahr 1920 auf unsere Vereinigung fiel, wurde sie somit in die Unruhe des *Kapp-Putsches* besonders hineingezogen. Am 13. März 1920 hatte bekanntlich die Marinebrigade *Ehrhardt* ganz Berlin militärisch besetzt und die Reichsregierung für abgesetzt erklärt. Diese war über Dresden nach Stuttgart geflohen. An Stelle von Postminister *Giesberts* hatte *Kapp* den Leiter der Oberpostdirektion Berlin, Geheimen Postrat *Sönksen*, eingesetzt. Dieser erschien daher am 16. März 1920 im Beamtenbeirat um sich als künftiger Leiter der Reichspost vorzustellen. Dem Verfasser als derzeitigen Vorsitzenden des Beamtenbeirats oblag die undankbare Aufgabe, *Sönksen* als Postminister abzulehnen, weil die Postbeamtenschaft nur die verfassungsmäßige Regierung *Ebert-Bauer* und deren Vertreter anerkennen könne. *Sönksen* wurde daher aufgefordert, das neue Amt als Postminister nicht anzutreten und dies dem Beamtenbeirat schriftlich zu bestätigen. Andernfalls würde – als Abwehr gegen eine nicht verfassungsmäßige Regierung – der gesamte Post- und Telegraphenverkehr stillgelegt werden. *Sönksen* verzichtete schriftlich. Reichspräsident *Ebert* und Postminister *Giesberts* dankten

darauf telegraphisch von Stuttgart aus der Reichsarbeitsgemeinschaft für ihre verfassungstreue Haltung.

Der Beamtenbeirat war der Vorläufer der *Beamtenausschüsse*, die im Verordnungswege bei der Postverwaltung später eingeführt wurden. Während die Reichsarbeitsgemeinschaft (Beamtenbeirat) aus je vier Vertretern der Verbände bestand, wurden die Beamtenausschüsse unmittelbar von den Beamten in geheimer Wahl gewählt. Im wesentlichen gab es Ortsbeamtenausschüsse*) bei jeder Oberpostdirektion usw. und einen Hauptbeamtenausschuß beim Reichspostministerium.

In der Zeitschrift für Post- und Fernmeldewesen Nr. 10 vom 25. Mai 1951 schreibt Präsident a. D. *Bergs* wörtlich: „Es bleibt das unvergängliche Verdienst zweier Männer, die in jenen kritischen Zeiten, wo festgefügte Überlieferung unterwühlt wurde, Weitblick und Kraft genug besaßen, um ein Gebäude zu errichten, das nicht nur den höheren Beamten, sondern überhaupt der ‚qualifizierten‘ Beamtenschaft . . . zum Segen und dem Staate zum Nutzen dienen sollte. Diese Männer waren . . . der spätere Studienrat *Georg Thiele* vom Berliner Philologenverein und der damalige Vorsitzende der Vereinigung der höheren Postbeamten . . . der spätere Oberpostdirektor *Dr. Wilhelm Tapfer*. Die Erkenntnis, daß die wichtigste und brennendste beamtenpolitische Frage diejenige einer durchgreifenden Neuregelung des infolge der Kriegsteuerung völlig unzureichenden Beamteneinkommens geworden war, führte dazu, am 8. Oktober 1918 — wohlgermerkt also schon vor den Novemberereignissen jenes Jahres — einen Zusammenschluß zu gründen, der vorerst die Bezeichnung *Bund höherer Beamter* (BhB) wählte.“

Unter der Wirkung der Umstürzbewegung vollzog sich der Zusammenschluß der höheren Beamten mit erfreulicher Schnelligkeit. Bereits 1921 umfaßte der BhB den weitaus überwiegenden Teil der höheren Beamten und nannte sich daher *Reichsbund höherer Beamter* (RhB). Zum Schluß zählte er 100 000 Mitglieder.

Die rechtzeitige Bildung dieses Bundes war von weittragender Bedeutung. War er doch Vorkämpfer für die Erhaltung des Berufsbeamtentums und für eine angemessene Besoldung der höheren Beamten. Beide Grundsätze wurden jedoch durch den am 4. Dezember 1918 gegründeten *Deutschen Beamtenbund* (DBB) schwer gefährdet, weil dieser damals mehr und mehr in das gewerkschaftliche Fahrwasser einlenkte und u. a. auch das Streikrecht für die Beamten forderte.

Der RhB war bei den jahrelangen Verhandlungen über die Beamtenbesoldung der Fels, an dem die Versuche der Gewerkschaften und des DBB, die Unterschiede zwischen den Gehältern der unteren Gruppen und denen der höheren Beamten zu verwickeln, schließlich doch scheiterten.

Die Neuregelung der Gehälter für die gesamte Beamtenschaft fand ihren Niederschlag in dem Reichsbesoldungsgesetz vom 30. April 1920. Der Entwurf der Regierung hatte unter der Losung, dem gesellschaftlichen Ausgleich zu dienen, zunächst die

Staffelung der Besoldungsgruppen vorgesehen, die für die höheren Beamten einen unerträglichen Absturz bedeutete. Auf Anregung von *Dr. Tapfer* berechnete nun der RhB die *Lebenseinkommen* der verschiedenen Beamtengruppen, d. h. die Einnahme an Besoldung vom Eintritt an bis zur Ruhesetzung oder bis zum Tode abzüglich der Kosten für Vor- und Ausbildung (Studium) für einen Beamten

der unteren Gruppe mit	509 158 Mark
der mittleren Gruppe mit	526 075 Mark
der oberen Gruppe mit	402 455 Mark

Der akademisch vorgebildete Beamte sollte hiernach rund 106 000 Mark weniger verdienen als der untere und sogar 124 000 Mark weniger als der mittlere. Näheres darüber enthält Nr. 7 der Zeitschrift des BhB vom 15. August 1920. Diese unwiderlegbaren Zahlen waren von durchschlagender Wirkung in der Öffentlichkeit, wo sie von *Hans Bergs* und *Dr. Tapfer* nachdrücklich verbreitet wurden. Letzterer verteidigte am 1. September vor dem Preußischen Finanzministerium und am 25. November 1920 vor dem Besoldungsausschuß des Reichstages wirksam die Besoldungsforderungen der höheren Beamten und berichtete darüber auch ausführlich in der Zeitschrift des RhB.

Erst durch das Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927, das nach der Geldentwertung (Inflation) eine gewisse Stetigkeit der Gehälter herbeiführte, wurde durch Vergrößerung der Spannen zwischen den einzelnen Gehaltsklassen die Besoldung der höheren Beamten wieder einigermaßen erhöht, ohne jedoch ihren ehemaligen Stand zu erreichen.

Wenn auf die Entwicklungsgeschichte des RhB näher eingegangen wurde, so geschah es, weil die Vereinigung trotz ihrer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl als Mitbegründerin und durch die Sachkunde ihrer Vertreter einen überragenden Einfluß auf ihn ausübte. Die höheren Postbeamten hatten eben durch ihren langjährigen eigenen Daseinskampf wertvollste Erfahrungen im Beamtenwesen erworben. Abgesehen von *Dr. Tapfer*, der 2. Vorsitzender des RhB war und zeitweilig auch die Schriftleitung der Zeitschrift des RhB besorgte, sowie dem Besoldungsfachmann *Hans Bergs* machten sich der schreibgewandte Oberpostrat *Hugo Bachmann* und der spätere Ministerialdirigent *Hermann Wagner* im Vorstand des RhB und als sonstige Berater unentbehrlich.

Galt es doch, die unheilvollen Folgen des verlorenen Weltkrieges möglichst zu mildern. Über 1300 höhere Postbeamte waren eingezogen worden, wie es ein von der Vereinigung 1914 aufgestelltes gedrucktes „*Verzeichnis der anlässlich der Mobilmachung einberufenen höheren Postbeamten*“ aufwies. Davon starben 173 den Heldentod, darunter 93 Oberpostpraktikanten und Inspektoren.

Durch die im Friedensvertrag erzwungene Abtretung großer Gebietsteile von Deutschland wurden die dort beschäftigten Beamten usw. überzählig. Es mußte daher ein großer *Personalabbau* vorgenommen werden. So wurde ein Viertel des Postpersonals aus dem Dienst entfernt. Der Abbau traf besonders die über 60 Jahre alten Beamten. Erst am 1. Januar 1923 endete der Personalabbau bei der Reichspost.

Eine weitere Folge des Versailler Friedensvertrages war die *Geldentwertung*, die den Wert der deutschen Mark schließlich in das Bodenlose absinken ließ. Erst

*) bei jedem Postamt usw., Bezirksbeamtenausschüsse

die Schaffung der *Rentenmark* Ende 1923 machte der Geldentwertung ein Ende. Aber nur ganz langsam und zögernd erreichten die überaus niedrigen „*Goldgehälter*“ der Beamten annähernd wieder die Höhe der Vorkriegszeit.

Die Vereinigung hat durch eifrige Mitarbeit im RhB und im Hauptbeamtenausschuß beim Reichspostministerium versucht, die Kriegsfolgen für die Postbeamtenschaft möglichst zu mildern und fand auch bei dem Staatssekretär Dr. *Sautter* weitgehendes Verständnis.

Die von Postdirektor a. D. *Heideprim* erstmals im Jahre 1900 aufgestellte Rangliste – ein Verzeichnis aller geprüften Postbeamten der höheren Laufbahn – wurde dann von Oberpostdirektor *Kues*, Köln, bearbeitet und schließlich von Präsident *Boedke* weiter ausgebaut und bis 1942 fortgeführt. Wegen ihrer Zuverlässigkeit und Vielseitigkeit war die Rangliste ein unentbehrliches Hilfsmittel vor allem bei der Ausarbeitung aller Denkschriften, die ohne diese Hilfe kaum so schnell hätten entstehen können. Auch amtlichen Stellen diente sie als ein viel gebrauchtes Nachschlagewerk und trug im übrigen nicht wenig dazu bei, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller höheren Postbeamten zu stärken. Die Herausgabe der Rangliste als „Verzeichnis der höheren Beamten der Deutschen Bundespost“ wird seit 1956 laufend fortgesetzt. Bearbeiter ist der Präsident Dr. S. *Orth* in Neustadt (Weinstraße).

Seinen schönsten Ausdruck fand der Gemeinschaftsinn der höheren Postbeamten in dem Erwerb des *Erholungsheims Königswusterhausen*. Es war vordem das schloßartige, von einem großen Park umgebene Landhaus des bekannten Luftschifferbauers Dr.-Ing. *Schütte*, welches dank der Tatkraft vornehmlich von *Hans Bergs* in das Eigentum der Vereinigung überging. Die dafür erforderlichen Geldmittel von über 90 000 Mark wurden durch *freiwillige* Spenden unserer Mitglieder aufgebracht. Am 14. November 1925 fand die festliche Einweihung des Hauses im Beisein des Reichspostministers *Stingl* statt. Es gedieh zu einer allseitig beliebt gewordenen Erholungsstätte für alle Amtsgenossen sowie deren Angehörige und wurde so zum Mittelpunkt unserer Vereinigung. Die Betreuung des Erholungsheims übernahm der spätere Präsident *Hermann Boedke*.

Es war daher ein schmerzlicher Augenblick für uns alle, als die zur Macht gelangten Nationalsozialisten uns zwangen, diesen herrlichen Sammelpunkt unserer Gemeinschaft aufzugeben. Unter Anwendung erheblicher Mittel machte man daraus – ein Postschulungslager!

28 Jahre haben die „Blätter für Post und Telegraphie“ als Sprachrohr der Vereinigung die Belange der höheren Postbeamten mannhaft und wirkungsvoll vertreten und gleichzeitig ein festes Band nicht nur um die „Stephansjünger“, sondern auch um die inzwischen eröffneten Laufbahnen 1908, 1922 und 1927 geschlungen, bis sie im Juli 1933 auf nationalsozialistische Einwirkung ihr Erscheinen einstellen mußten. Die Auflage betrug zuletzt 3000 Stück.

In dem letzten in den Blättern abgedruckten „Treu-
gruß“ – Rundschreiben vom 4. Juli 1933 – machte der 1. Vorsitzende des Hauptvorstandes *Haase* von der *Auflösung der Vereinigung* und der Bildung einer „Reichsfachgruppe Post“ Mitteilung.

Hauptvorstand

Vorsitzender

Jürgen Wehran, APr
D 5400 Koblenz, OPD
W 5400 Koblenz, Bismarckstraße 31
F (02 61) 1 28 - 24 00 P (02 61) 1 28 - 92 20

Stellvertretender Vorsitzender

Dipl.-Ing. Hans Wartmann, APr
D 6100 Darmstadt, FTZ
W 6367 Karben 4, Bismarckstraße 9
F (0 61 51) 83 - 26 00 P (0 60 39) 22 24

Geschäftsführer

Franz Ricke, OPR
D 5400 Koblenz, OPD
W 5420 Lahnstein 2, Jägerpfad 7
F (02 61) 1 28 - 23 50 P (0 26 21) 6 07 (Nst 92)

Kassenwart

Dipl.-Ing. Max Peek, APr a. D.
W 6104 Jugenheim, Wehgärten 3
P (0 62 57) 75 31

Beisitzer

Dipl.-Ing. Karlheinz Bork, OPDir
D 7900 Ulm, FA
W 7901 Dornstadt, Zollernring 34
F (07 31) 10 04 00 P (07 31) 10 04 01
Dr. Wilhelm Fenge, Pr a. D.
W 3582 Felsberg, Pankratiusstraße 1
P (0 56 62) 26 65
Dipl.-Ing. Norbert Meusgeier, OPR
D 6000 Frankfurt, FA 2
W 6451 Bischofsheim, Schillerstraße 11
F (06 11) 40 63 06 P (0 61 94) 6 25 71
Dr. Susanne Söldner, CPDirn
D 5300 Bonn, BPM
W 8000 München 21, Perhamerstraße 32
F (02 22 21) 1 41 P (0 89) 13 99 33
Dr. Reinhard Stüttgen, OPDir
D Kraftverkehr GmbH – KVG –
F (0 41 41) 6 10 01 P (0 41 61) 8 36 66

Stellvertretender Beisitzer

Dipl.-Ing. Kurt-Hellmuth Bergs, APr
D 6100 Darmstadt, PTZ
W 6086 Goddelau, Taunusstraße 23
F (0 61 51) 17 45 00 P (0 61 58) 7 46
Siegfried Kutz, APr
D 4600 Dortmund, OPD
W 4600 Dortmund-Lütgendortmund, Harpener Hellweg 460
F (02 31) 1 99 51 00 P (0 23 21) 2 81 84 (Nst 4)
Johann Paffen, OPDir
D 4000 Düsseldorf, OPD
W 4000 Wittlaer, Am Krausenbaum 6
F (02 11) 8 72 86 40 P (02 11) 4 08 93
Dipl.-Ing. Manfred Pickert, OPDir
D 2800 Bremen 1, FA 1
W 2800 Bremen, Schorf 38 B
F (04 21) 33 66 00 P (04 21) 33 78 16
Dipl.-Ing. Karl Schmaus, MinR
D 5300 Bonn, BPM
W 5300 Bonn-Oberkassel, Hasterbacher Straße 42
F (0 22 21) 13 72 18 P (0 22 21) 1 46 70

Verbindungsmann zur

Arbeitsgemeinschaft des höheren Dienstes

Wilhelm Freundlieb, MinR
D 5300 Bonn, BPM
F (0 22 21) 14 - 31 40 P (0 22 21) 14 - 99 42

Vertreter FEFAS

Dr. Otfried Brauns-Packenius, OPDir
D 6000 Frankfurt, OPD
F (06 11) 7 44 20 50

Vertreter FITCE

Dipl.-Ing. Werner Hufnagel, Ltd OPDir
D 6100 Darmstadt, FTZ
F (0 61 51) 83 41 60

Redakteur des Nachrichtenblattes

Dipl.-Ing. Harder, VPr a. D.
P (0 40) 7 38 54 34

Abkürzungen:

D = Dienstort; W = Wohnungsanschrift;
F = Dienstanschluß; P = Privatanschluß.

Bezirks-Vereins-Vorstände

1000 Berlin 030

- I Schneider, VPr a. D., Berlin
P 8 03 17 10
- II Dipl.-Ing. Friedrichowitz, PR, LPD
F 25 80 21 - 3 70 P 3 66 52 14
- III Dipl.-Kfm. Schütt, PR, AV, PA 41
F 7 97 - 2 03 / 2 04 P 80 08 / 3 35
- IV Bartelheim, OPR, LPD
F 30 30 - 53 20 P 2 11 38 99

5300 Bonn 022 21

- I Dr. Zurhorst, MinDirig
F 14-8000 P 80-5327
- II Dip.-Ing. Kupper, MinDirig
F 14-2200 P 14-8910
- III Hesse, OPDir
F 14-6139
P 02241-106-391 106-521
- IV Dr. Bänsch, MinR
F 14-4120 P 14-8780

3300 Braunschweig 05 31

- I Weigand, APr, OPD
F 4 72 - 21 00 P 4 72 - 21 99
- II Dipl.-Ing. Wegmeyer, PR, FA
F 4 72 - 27 05 P 4 72 - 33 22
- III Oyen, OPR, OPD
F 4 72 - 24 40 P 4 72 - 45 31
- IV Ziern, OPR, OPD
F 4 72 - 23 60 P 4 72 - 45 89

2800 Bremen 04 21

- I Dipl.-Ing. Sanders, OPDir, OPD
F 3 01 - 32 80 P 3 00 - 44 17
- II Bohlken, OPR, OPD
F 3 01 - 33 20 P 3 00 - 62 21
- III Dipl.-Ing. Dickehut, OPR, FZA
F 3 01 - 81 00 P 66 02 - 2 79
- IV Dipl.-Ing. Vogel, PR z. A., OPD
F 3 01 - 32 80

6100 Darmstadt 06 1 51

- I Dipl.-Ing. Althage, APr, FTZ
F 83-21 03
- II Lichtenthäler, OPDir, PTZ
F 83-30 10
- III Dipl.-Ing. Dehmer, OPDir, FTZ
F 83-22 60
- IV Dipl.-Ing. Slabon, PR, FTZ
F 83-21 98

4600 Dortmund 02 31

- I Frank, OPDir, OPD
F 1 99 - 54 40 P (0 23 03) 1 76 51 20
- II Dipl.-Ing. Küppers, OPDir, OPD
F (0 23 1) 1 99 - 52 10
P (0 23 21) 6 10 - 2 75
- III Sowa, OPDirn, PSchA Dortmund
F 1 99 - 82 00 P (0 23 1) 1 99 - 84 60
- IV Dipl.-Ing. Blankenstein, PR z. A.,
FA Bochum
F (0 23 21) 61 01

4000 Düsseldorf 02 11

- I Kill, OPDir, PA Oberhausen
F (0 21 32) 83 02 00 P (0 21 32) 83 04 00
- II Dipl.-Ing. Werner, Ltd OPDir, OPD
F 8 72 - 82 10 P 8 72 - 91 95
- III Dipl.-Ing. Tenzer, PR, FA 4
F 89 00 - 2 04 P (0 21 01) 2 01 - 4 40
- IV Giro, OPR, OPD
F 8 72 - 84 30 P 42 48 86

6000 Frankfurt 06 11

- I Schulz, OPDir, OPD
F 7 44 - 23 40 P (0 61 03) 74 04
- II Dipl.-Ing. Wartmann, APr, FTZ
F (0 61 51) 83 - 1 P (0 60 39) 22 24
- III Behr, PR, OPD
F 7 44 - 1
- IV Dipl.-Ing. Nirschl, PR, OPD
F 7 44 - 32 35 P (0 61 03) 2 47 11

7800 Freiburg 07 61

- I Dr. Rolf Happe, OPDir, OPD
F (0 761) 21 34 40 P (0 761) 21 33 00
- II Dipl.-Ing. Heinz Lemper, OPDir, FA
F (0 761) 21 16 20 P (0 766) 25 20
- III Gertrud Barleon, OPRn
F (0 781) 83 81 01 P (0 761) 2 11 72 27
- IV Dipl.-Ing. Otto Alt, OPBR, OPD
F (0 761) 21 34 03 P (0 761) 2 11 72 58

2000 Hamburg 0 40

- I Dipl.-Ing. Biesenthal,
Ltd OPDir, AV, FA 2
F 22 88 - 2 00 P (04 51) 10 - 6 00
- II Dipl.-Ing. Barthel, APr a. D.
P 7 20 12 86
- III Abolins, OPR, PA (V) Hamburg 80
F 72 51 - 2 00 P 86 69 - 2 64
- IV Dipl.-Ing. Plath, OPDir, OPD
F 3 57 - 55 96 P 86 69 - 3 45

3000 Hannover 05 11

- I Dipl.-Ing. Dietrich Grützmacher, OPR,
FA 2, Abteilungsleiter 5 A
F 6 77 - 62 05
- II Horst Bechler, PR, OPD, Ref. 37
F 1 97 - 43 70
- III Dipl.-Ing. Dietfried Kuhn, PR,
FA 1, Abteilungsleiter 5 A
F 1 97 - 20 22
- IV Claudia Hennek, OPRn, OPD, Ref. 43
F 1 97 - 44 30

7500 Karlsruhe 07 21

- I Stezelberger, OPR, OPD
F 13 25 20 P (0 72 43) 1 49 49
- II Dipl.-Ing. Wiedemann, OPDir, OPD
F 13 22 50 P (0 72 43) 45 04
- III Dipl.-Ing. Heinze, PR, OPD
F 13 24 80 P 1 31 83 85
- IV Dipl.-Kfm. Woerner, OPDir, OPD
F 13 24 10 P 13 26 11

2300 Kiel 04 31

- I Klaus-Jürgen Hinrichs, OPDir, OPD
F 5 91 - 41 40 P 0 48 41 / 68 - 2 80
- II Dipl.-Ing. Alfred Geist, OPBR, OPD
F 5 91 - 46 20 P 5 91 - 35 89
- III Hans-Georg Meyer, OPR, OPD
F 5 91 - 42 10 P 5 91 - 38 23
- IV Dipl.-Ing. Udo Belting, OPBR, OPD
F 5 91 - 46 00 P 0 43 07 / 68 12

5400 Koblenz 02 61

- I Bereuther, OPRn, OPD
F 1 28 - 23 30 P 1 28 - 93 22
- II Dipl.-Ing. Glück, OPR, OPD
F 1 28 - 22 10 P 1 28 - 92 55
- III Höher, PR, OPD
F 1 28 - 22 30 P 1 28 - 93 23
- IV Dipl.-Ing. von Schilling, PR, OPD
F 1 28 - 22 70 P 1 28 - 93 91

5000 Köln 02 21

- I Dipl.-Ing. Bublitz, OPDir, AV FA 2
F 5 75 - 2 00 P (0 22 32) 4 34 11 (NSt 71)
- II Hellweg, OPR, OPD
F 4 99 - 34 40 P 8 29 12 53
- III Dipl.-Ing. Drescher, PR z. A., FA 2
F 21 58 41 P 7 60 39 87
- IV Niehues, OPDirn, OPD
F 4 99 - 24 40 P 7 73 33 67

8000 München 2 0 89

- I Dipl.-Ing. Bell, OPBR, OPD
F 55 88 - 23 01 P 1 39 - 21 05
- II Dipl.-Ing. Schorer, OPR, OPD
F 55 88 - 4 00 P 88 94 - 4 40
- III Dieterichs, PR, OPD
F 55 88 - 7 51 P 88 94 - 4 16
- IV Dipl.-Ing. Pauli, OPR, FA 2
F 21 77 - 2 22 P 1 39 - 6 16

4400 Münster 02 51

- I Humbert, OPDir, OPD
F 3 90 - 53 40 P 3 90 - 56 95
- II/III Dipl.-Ing. Meyer, PR, OPD
F 3 90 - 52 60 P 3 90 - 53 85
- IV Dipl.-Ing. Noltenius, OPBR, OPD
F 3 90 - 56 30 P 3 90 - 7 93

6730 Neustadt (Weinstr.) 0 63 21

- I Himmel, OPDir, OPD
F 87 - 5 70 P (06 21) 50 75 37
- II/III Hempell, OPR, OPD
F 87 - 6 50 P 87 - 6 73
- IV Dipl.-Ing. Heeringer, PR, OPD
F 87 - 2 60

8500 Nürnberg 09 11

- I Dipl.-Ing. Rosenfeld, APr, OPD
F 10 51 00 P (0 89) 414 13 04
- II Leicht, OPDir, OPD
F 10 71 10 P 13 05 64
- III Dipl.-Ing. Unglaub, PR, FA 1
F 1 30 - 2 05 P 4 32 - 5 85
- IV Dipl.-Ing. Fiedler, PR, OPD
F 10 75 10 P (0 91 87) 13 00

8400 Regensburg 09 41

- I Wankerl, OPR, OPD
F 5 05 - 21 40/48 P 5 05 - 21 49
- II Dipl.-Ing. Pommer, OPR, OPD
F 5 05 - 22 50 P 5 05 - 22 59
- III Achhammer, OPR, OPD
F 5 05 - 24 40 P 5 05 - 24 49
- IV Dipl.-Ing. Schindler, PR, OPD
F 5 05 - 24 80 P 5 05 - 24 89

6600 Saarbrücken 06 81

- I Nienhaus, OPDir, PA
F 4 01 - 4 00 P 4 01 - 51 02
- II Dipl.-Ing. Heering, Ltd OPDir, FA
F 81 01 - 2 00 P 81 01 - 6 66
- III Dollt, OPR, PA
F (06 81) 4 01 - 51 80
P (06 81) 4 01 - 53 99
- IV Dipl.-Ing. Gígler, PR, OPD
F 4 01 - 51 60

7000 Stuttgart 07 11

- I Rumpfenhorst, OPR, AV
PA Ludwigsburg
F (0 71 41) 4 01 - 6 00 P 4 01 - 55 4
- III Dipl.-Ing. Ral, OPD
F 20 00 - 22 12
- IV Dipl.-Ing. Bork, OPDir, FA Ulm
F (0 73 1) 1 00 - 4 00 P 1 00 - 4 01

5500 Trier 06 51

- I Peters, OPR, OPD
F 77 - 5 23 P 77 - 8 82
- II Rademacher, OPR, OPD
F 77 - 6 49 P 77 - 8 87

7400 Tübingen 0 71 22

- I Dr. Klebes, OPDir, PA
F 10 - 6 00 P 10 - 5 64
- II Dipl.-Ing. Schultheiß, PR, OPD
F 10 - 2 30 P (0 74 72) 7 03 95
- III/IV Dipl.-Ing. Queißner, OPDir, OPD
F 10 - 2 10 P 10 - 2 06

Erläuterung:

Postleitzahl OPD ON-Kennzahl

Abkürzungen: Statt 1. Vorsitzender = I;
statt 2. Vorsitzender = II;
statt Schriftführer = III;
statt Kassenwart = IV.

F = Dienstanschluß; P = Privatanschluß;
() = ON-Kennzahl abweichend vom OPD-Ort